

# Bericht

des Bezirksvorstandes  
der Sozialdemokratischen Partei für den  
Bezirk „Obere Rheinprovinz“  
für die Geschäftsjahre 1924 und 1925.

## Protokoll

über die Verhandlungen des Bezirks-  
parteitages für die „Obere Rheinprovinz“,  
abgehalten in Koblenz am 29. und  
30. Mai 1926

und

## Protokoll

der Frauenkonferenz der SPD.  
am 31. Mai 1926 in Koblenz.

+

Verlag:

Verlag des Bezirksvorstandes für den Bezirk „Obere Rheinprovinz“.

# Bericht

des Bezirksvorstandes  
der Sozialdemokratischen Partei für den  
Bezirk „Obere Rheinprovinz“  
für die Geschäftsjahre 1924 und 1925.

## Protokoll

über die Verhandlungen des Bezirks-  
parteitages für die „Obere Rheinprovinz“,  
abgehalten in Koblenz am 29. und  
30. Mai 1926

und

## Protokoll

der Frauenkonferenz der SPD.  
am 31. Mai 1926 in Koblenz.

+

Verlag :  
Bezirksvorstand für den Bezirk „Obere Rheinprovinz“.

Bibliothek  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages der SPD. für den Bezirk „Obere Rheinprovinz“ in Koblenz am 29. und 30. Mai 1926 in der Städtischen Festhalle.

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Bericht des Bezirksvorstandes.
  - a) Allgemeines. (Berichterstatter Konrad Miß.)
  - b) Kassenbericht. (Berichterstatter Ernst Leberberg.)
3. Bericht der Kassenprüfer.
4. Die Sozialdemokratie und die Zukunft Europas.  
Redner: Otto W e l s, MdR., Berlin.
5. Die neuen Gemeindeverfassungsgesetze in Preußen.  
Redner: Beigeordneter August H a s s, MdR., Köln.
6. Beschlußfassung über Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt werden.
7. Wahl des Bezirksvorstandes und Bestimmung des Ortes, wo der Bezirksvorstand seinen Sitz haben soll.
8. Wahl des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

\*

## Geschäftsordnung

1. Die Meldungen zum Wort haben schriftlich zu erfolgen. Die Redner erhalten der Reihe nach das Wort.
2. Alle Anträge, ausgenommen die zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzubringen. Die Anträge müssen von mindestens zehn Delegierten durch Unterschrift oder Zuruf unterstützt werden, wenn sie zur Beratung kommen sollen.
3. Hat ein Antrag die nötige Unterstützung gefunden, so erhält zunächst der Antragsteller das Wort. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte erhält ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort.
4. Die Berichterstatter haben 45 Minuten Redezeit. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt zehn Minuten. Mehr als zweimal darf kein Redner zu ein und demselben Gegenstand der Tagesordnung sprechen.
5. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
6. Auf Antrag von mindestens zwanzig Delegierten muß namentlich abgestimmt werden.

## Anträge zum Bezirksparteitag 1926

### Agitationskonferenz des Kreises Neuwied:

„Der Bezirksparteitag möge beschließen, daß die in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kriegsbeschädigten verpflichtet sind, sich nach Möglichkeit der freien Gewerkschafts- bzw. Kriegsbeschädigtenbewegung anzuschließen.“

### Agitationskonferenz Oberstein/Nahe:

„Die am 25. April in Oberstein tagende Agitationskonferenz für den Landesteil Birkenfeld beantragt, den nächst fälligen Parteitag in Oberstein/Idar abzuhalten.“

### Agitationsausschuß des Kreises Altentkirchen:

„Der Agitationsausschuß des Kreises Altentkirchen ersucht den Bezirksparteitag, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung“ für den Kreis Altentkirchen eine bessere wird, als es bisher der Fall war.“

Nach den Erfahrungen, die der Kreis Altentkirchen bis jetzt mit der „Rheinischen Zeitung“ gemacht hat, steht der Agitationsausschuß auf dem Standpunkt, daß dies nur möglich sein wird, wenn eine Geschäftsstelle in Behdorf eingerichtet wird.

Der Bezirksparteitag erklärt sich mit einer derartigen Regelung einverstanden.“

### Ortsverein Mayen:

„Vor dem Kriege wurde alljährlich ein rheinischer Kalender ausgegeben, welcher mit sehr guter agitatorischer Wirkung bei der Landbevölkerung Einkehr gehalten hat. Um die Landbevölkerung unsern Zielen näher zu bringen und in Fühlung mit derselben zu bleiben, beantragen wir, wieder alljährlich eine Broschüre in der Form des rheinischen Kalenders auszugeben. Bei der Verbreitung der Broschüre durch unsere Genossen wird es denselben möglich sein, Vertrauensleute in den einzelnen Ortschaften zu gewinnen.“

### Ortsverein Mayen:

„Die am 2. Mai 1926 in Remagen stattgefundene Konferenz der Ortsvereine der SPD. des Kreises Alrweiler befaßte sich u. a. auch mit den bisherigen Auseinandersetzungen anläßlich der Aufstellung der Kandidaten zu der Landtags- bzw. Provinziallandtagswahl. Die Konferenz war einstimmig der Ansicht, daß in Zukunft der Bezirksparteitag den Vorschlägen der Unterbezirke bezüglich der Reihenfolge der Kandidaten zustimmen soll.“

### Konferenz des Kreises Mayen:

„Der Bezirksparteitag wolle beschließen, eine Bezirkssekretärin anzustellen.“

### Arbeiterjugend, Bezirk Oberrhein:

„Dem Bezirksvorstand der Arbeiterjugend, Bezirk Oberrhein, steht das Recht zu, einen Vertreter mit Sitz und Stimme in den Bezirksvorstand der SPD., Bezirk Obere Rheinprovinz, zu delegieren.“

## Allgemeines

### Die wirtschaftliche Lage

Zwei Jahre sind seit dem letzten Bezirksparteitag verfloßen. Jahre schwerer inner- und außenpolitischer Kämpfe, wirtschaftlichen und politischen Druckes für das deutsche Volk im allgemeinen, Jahre größter Not und Entbehrungen, des Hungers und der Sorge für die Arbeiterklasse im besondern.

Der vorliegende Bericht umfaßt die beiden Kalenderjahre 1924 und 1925. Da der Heidelberger Parteitag den Beginn des Geschäftsjahres auf den 1. Januar verlegt hat, schließt der Bericht mit dem Schluß des Geschäftsjahres 1925 ab. In Zukunft werden wir immer für volle Geschäftsjahre berichten können.

Der Beginn der Berichtszeit fiel in eine Zeit größter wirtschaftlicher Not, unter der besonders die arbeitende Bevölkerung des besetzten Gebietes litt. Eben war der Ruhrkampf beendet, der der deutschen Währung den letzten Stoß gegeben hatte. Nach dem Muster Helfferichscher Kriegsfinanzpolitik hatte man die ganzen ungeheuren Kosten des von der Regierung Cuno inszenierten Abwehrkampfes mit der Notenpresse zu decken gesucht. Die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die deutsche Währung sind bekannt. Gegen Ende 1923 hatte

### die Stabilisierung der deutschen Währung,

von unsem Genossen Dr. Hilferding eingeleitet, begonnen. Aber das neue, wertbeständige Zahlungsmittel, die Rentenmark, wurde durch eine wilde Preisgebarung des Unternehmer- und des Händlertums erneut bedroht. Das rheinisch-westfälische Wirtschaftsleben wurde von den Micumlafen fast erdrückt. Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau mußten in kurzer Frist viele Millionen Dollar als Abgeltung für die nicht abgelieferte Kohlensteuer entrichten. Alle Kohlenverträge unterlagen außerdem einer hohen Barabgabe an die Entente. In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten der Micumverträge mußte der rheinische Braunkohlenbergbau monatlich 90 000 und in den folgenden vier Monaten je 70 000 Tonnen Braunkohlen als nicht bezahlte Reparationsleistung abliefern. Die Kohlenproduktion des besetzten Gebietes wurde um rund 40 Prozent verteuert. Die Folge war, daß die rheinisch-westfälische Kohle weder im Ausland noch im unbesetzten Deutschland konkurrenzfähig war. Eine weitere Folge waren die Verteuerung der Produktion im allgemeinen, Rückgang der Produktion, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen in Industrie und Bergbau, und für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit und Not.

Das Unternehmertum nutzte diese Zeit schweren wirtschaftlichen Druckes zu einem Vorstoß gegen die durch den furchtbaren

Aberlaß der Inflation geschwächten Arbeiterorganisationen aus. Unter dem Vorwande, die Produktionskosten müssten herabgedrückt werden, um die Industrie wieder wettbewerbsfähig zu machen, versuchte man einseitige Wirtschaftspolitik zu treiben. Die Reform der Wirtschaft sollte allein auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Lohnabbau, Personalabbau, Verlängerung des Arbeitstages und Abbau der Sozialpolitik wurden als die Allheilmittel gepriesen, mit denen man das Wirtschaftsleben wieder anturbeln könne. Selbstverständlich stießen diese Versuche, ganz besonders der verluste

### Raub des Achtfundentages,

auf erbitterten Widerstand bei der Arbeitnehmerschaft. Im Berggewerbe, im Bergbau, in der Holz- und Metallindustrie und in andern Berufen kam es zu schweren Kämpfen, die das Wirtschaftsleben erschütterten. Erfreulicherweise hatte die anhaltende Stabilisierung der Währung bald auch die Arbeiterorganisationen wieder gefestigt. Zwar konnten nicht alle Uebergriffe abgewehrt werden, der schrankenlosen Willkür wurden aber Grenzen gezogen.

So erfreulich die Festigung der Währung an sich war, sie hemmte zunächst die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte. Hinzu kam, daß in den romanischen Ländern die Inflation erst recht einsetzte, als Deutschland sie überwunden hatte. War jahrelang die deutsche Schmutzkonzurrenz auf Grund der Inflationslöhne auf dem Weltmarkt gefürchtet, so traten nun andre Länder an die Stelle. In Deutschland griff eine fast dauernd steigende Arbeitslosigkeit Platz. Im Jahre 1924 war der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie noch leidlich. Im Jahre 1925 dagegen trat besonders in der zweiten Hälfte des Jahres ein schwerer Rückschlag ein. Die Industrie schritt zu Betriebseinschränkungen und Stilllegungen. Die Zahl der Feierschichten im Bergbau wurde immer größer. Reichsbahn und Behörden bauten Beamte, Angestellte und Arbeiter ab. Lawinenartig wuchs

### das Heer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter.

Die Zahl der Geschäftsaufsichten und Konkurse wuchs ins Riesenhafte. Die Not stieg in den von ihrer Hände Arbeit lebenden Schichten immer höher, eine dumpfe Verzweiflungstimmung griff Platz.

Die Zahl der Erwerbslosen, ohne die zu unterhaltenden Familienangehörigen, betrug am 15. Juli 1925 in der Rheinprovinz 43 970 oder 6,4 pro Tausend der Bevölkerung. Am 15. Dezember war die Zahl schon auf 177 934 oder 25,9 vom Tausend der Bevölkerung gestiegen. Seitdem sind auch diese Zahlen längst überschritten. Eine Besserung dieses grauenvollen Zustandes ist noch nicht abzusehen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Zahl der Erwerbslosen im Rheinland dauernd über dem Prozenzfuß in Preußen stand. So kamen am 15. Juli 1925 in der Rheinprovinz 6,4 in Preußen aber nur 3,6 Erwerbslose auf 1000 Einwohnern, am 15. Dezember waren diese Ziffern 25,9 in der Rheinprovinz und 18,5 in Preußen.

## Die politische Lage

Ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse von solchem Ausmaß und solcher Dauer wirkten sich auch politisch aus. Sie finden ihren stärksten Niederschlag in der innern Politik. Der größte Teil der Tätigkeit aller Vertretungen unserer Partei in den Kommunalverwaltungen sowohl als im Landtag und im Reichstag galt der Vinderung der Not der Erwerbslosen, der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Inflationsgeschädigten. Diese Tätigkeit stieß oftmals auf harte Widerstände. Herr Dr. Luther als Reichsfinanzminister hatte zwar ein weites Herz und eine offene Hand für die durch den Ruhrkampf angeblich so schwer geschädigten Industriellen. Ueber 700 Millionen Goldmark flossen ihnen aus Reichsmitteln ohne Wissen des Reichstags zu. Für die wirklichen Träger des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die zum großen Teil von Haus und Hof vertrieben, ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, und die mit ihren Familien in bitterer Not lebten, waren keine Mittel mehr vorhanden. Trotz aller Widerstände und trotz des oftmals geradezu kindischen Vorgehens der Kommunisten konnten in vielen Fällen Verbesserungen für die arbeitenden Schichten, sei es in Form der Erhöhung der Unterstützungen, sei es durch Ermäßigung von Steuern, erreicht werden.

Trotz der großen wirtschaftlichen Not blieben wir in den Berichtsjahren von schweren innerpolitischen Erschütterungen und Buschen, wie wir sie früher berichten mußten, verschont. Die Erkenntnis, daß

### die Erfüllungspolitik,

die in der Sozialdemokratie von Anbeginn an ihre wärmste Vertreterin fand, die einzig mögliche Politik sei, brach sich insbesondere nach dem Ruhrkampf Bahn. Die Rechtsputschisten sowohl als ihre Gegenspieler auf der äußersten Linken scheinen eingesehen zu haben, daß ihre sinnlosen Methoden zu keinem Ergebnis führen können. Sogar die Deutschnationalen verhielten dem von ihnen so bitter bekämpften Londoner Abkommen zur Annahme im Reichstage. Sie beschränkten sich darauf, die Steuerreform des Reichsblocks zu machen, dem Volke durch den Zolltarif erneut die Lebenshaltung zu verteuern und nebenher die Verfassung zu sabotieren. Außenpolitisch sind auch sie Erfüllungspolitiker geworden.

Auch in den Siegerstaaten ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß auf dem Wege der Gewaltmaßnahmen keine Weltwirtschaft aufgebaut und kein Reparationsproblem gelöst werden kann.

### Das Dawesgutachten

bereitete die Londoner Konferenz vor. Zum ersten Male nach dem Kriege verhandelten Vertreter Deutschlands mit den Vertretern der Siegerstaaten auf gleichem Fuße. Das Londoner Abkommen erfüllte bei weitem nicht alle berechtigten Wünsche, es brachte aber für Deutschland ganz wesentliche wirtschaftliche und politische Erleichterungen. Das Ruhrgebiet wurde nach und nach befreit, die Regiebahn ging wieder in den Besitz und Betrieb der

Reichsbahn über, in den besetzten Teilen des Rheinlandes trat eine wesentliche Entspannung ein.

Ueber London führte der Weg nach Locarno. War London ein Anfang der sich anbahnenden Verständigung, so war Locarno ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Ohne das Erreichte zu überschätzen, muß eine wesentliche und erfreuliche politische Entspannung festgestellt werden. Wir buchen sie als einen Erfolg der Politik unsrer Partei. Leider waren die Bestrebungen auf

### Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

bisher nicht von Erfolg gekrönt. Auch hier sabotieren äußerste Rechte und äußerste Linke in trautem Verein eine Frage, deren Lösung für Deutschland eine Lebensfrage ist. Ein Völkerbund ohne die beiden europäischen Großmächte Deutschland und Rußland muß ein Torso bleiben. Die Erkenntnis der Notwendigkeit wird sich auch in dieser Frage durchsetzen, und die Entwicklung wird das ihre tun.

Zu dieser Hoffnung berechtigt vor allem die Tatsache, daß seit dem 4. Mai 1924 in Frankreich der Geist Poincaréscher Gewalt Herrschaft besiegte wurde und an seine Stelle ehrlicher Verständigungswille trat. Auch in England trat ein Umschwung ein. Konnte sich auch die Arbeiterregierung nicht halten, so hat doch die ihr folgende Regierung Baldwin in den europäischen Fragen die von Macdonald beschrittene Bahn weiter verfolgen müssen. Die Macht der Tatsachen ist stärker als ein noch so fanatischer Wille. Die Kulturgemeinschaft der Völker wird und muß sich durchsetzen. Die Besatzungs- dauer der nördlichen Rheinlandzone und im Kölner Brückenkopf war am 10. Januar 1925 abgelaufen. Die Besatzungsmächte verweigerten die Räumung zu diesem Termin, weil Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen nicht voll erfüllt habe. Durch langwierige Verhandlungen und besonders infolge der Verrträge von Locarno gelang es, den Widerstand der Gegner zu brechen. Am 31. Januar 1926 verließ die englische Besatzung Köln, die erste Zone ist frei. Die Erfüllungspolitik hat auch hier zum Ziel geführt.

Eines der übelsten und trübsten Kapitel der innern deutschen Politik ist

### die deutsche Justiz.

Täglich mehr schwindet das Vertrauen des Volkes zu einer Rechtssprechung, die nicht anders denn als Klassenjustiz bezeichnet werden kann. Wo ein Anhänger der Linksparteien oder einer republikanischen Organisation einem Vertreter der Rechtsparteien oder Organisationen vor Gericht gegenüberstand, hagelte es meist drakonische Strafen für den Republikaner. Verfassungstreue Beamte, Minister, ja selbst beamtete Juristen wurden unter Anklage gestellt. Unter dem Vorwand, das politische Leben Deutschlands zu reinigen, wurde eine Hege gegen alle Linksgerichteten ins Werk gesetzt. In einer unerhörten Urteilsbegründung wurde sogar dem Reichspräsidenten Ebert Landesverrat vorgeworfen. Beleidigungen Eberts wurden mit lächerlich geringen Geldstrafen

geahndet. Die Urteile in den Fememordprozessen, die Freisprechung Kufmanns und andre Urteile, die Begnadigungen der Rechtsverbrecher und Buschflühen werden von der großen Masse des gerecht denkenden Volkes nicht verstanden.

Die verworrenen politischen Verhältnisse der europäischen Länder spiegeln sich in ihrem parlamentarischen Leben wider.

### Parlaments- und Kabinettskrisen

sind alltägliche Dinge geworden, nicht nur in Ländern mit jungem parlamentarischen Leben. Deutschland konnte davon um so weniger verschont werden, als die furchtbaren Wunden des Krieges noch längst nicht vernarbt sind, die außenpolitische Lage noch immer nicht geklärt ist und die wirtschaftlichen Verhältnisse noch so trostlos sind. Hingzu kam, daß nach den innerpolitischen Umdächtigungen des Jahres 1918 die Verhältnisse im Innern noch keineswegs konsolidiert sind. Die Kommunisten träumen den Traum von der Weltrevolution weiter und beziehen ihre Parolen aus Moskau, und auf der Rechten gibt es immer noch Leute, die glauben, es sei möglich, die Weltgeschichte rückwärts zu revidieren. Beide Teile haben aus dem Gang der Entwicklung nichts gelernt.

Die neue Ordnung hat sich allen Schwierigkeiten zum Trotz doch durchgesetzt. Wenn man berücksichtigt, daß sich Parlament und Regierung oftmals vor anscheinend unüberwindlichen Aufgaben sahen, die sich aus der Zwangsläufigkeit der deutschen Politik ergaben, wenn man bedenkt, wie viele Klippen umschiffte, wie viele Hemmnisse überwunden werden mußten, so kann man sagen,

### das demokratisch-parlamentarische System hat sich auch in Deutschland glänzend bewährt.

Noch sind längst nicht alle Schwierigkeiten überwunden, vieles ist noch zu tun, aber die junge Republik ist gefestigt trotz aller inner- und außenpolitischen Stürme, die über sie dahingebraust sind.

Während der Berichtsjahre stand unsre Partei im Reiche in der Opposition, die wir allerdings anders auffassen als die Kommunisten. Unsre Stellung war durch die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag und die Einstellung der bürgerlichen Parteien gegeben. Die zeitweise besonders vom Zentrum angestrebte große Koalition im Reiche ist ebenfalls unter den vorliegenden Verhältnissen nicht möglich.

In Preußen regiert die Weimarer Koalition, die zwar unter den gleichfalls ungünstigen Mehrheitsverhältnissen mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die aber für Preußen die zurzeit einzig mögliche Regierung ist. Sowohl im Reichstag wie im Landtag muß immer damit gerechnet werden, daß sich Klippen zeigen, die das Regierungsschiff zum Scheitern bringen. Dann müssen die Wähler die Entscheidung treffen.

Einen außerordentlich schweren Verlust erlitt unsre Partei durch den frühen

### Tod unsres Genossen Friedrich Ebert,

der am 28. Februar 1925 die Augen für immer schloß. Mit ihm ging der Mann dahin, der in der schwersten Zeit und in den

Schlimmsten Stürmen das Steuer des Reichs mit fester Hand führte. Für seine restlose und selbstlose Hingabe an Land und Volk erntete Friedrich Ebert Beschimpfungen und Verleumdungen, Haß und Demütigungen. Erzberger und Rathenau fielen vielen andern als Opfer offener Attentate; Ebert wurde durch eine beispiellose Heke langsam zu Tode gequält. Sein Märtyrertod, gerade in den Tagen, als die Wogen des Schmutzes und der Verleumdungen gegen ihn ganz besonders hoch gingen, mußte erst dem Volke die Augen öffnen. Das Beileid und die aufrichtige Trauer des Auslandes beim Hinscheiden des ersten Reichspräsidenten mußten erst Deutschland zeigen, welcher Wertschätzung sich der Verstorbene bei allen ehrlich und objektiv denkenden Menschen erfreut hatte. In seinem eignen Volke wurde ihm die so verdiente Anerkennung erst zuteil, als ihm das stille Grab auf dem Heidelberger Bergfriedhof aufgenommen hatte. Dem toten Präsidenten wurden in reichem Maße die Ehren erwiesen, die man dem lebenden beharrlich verweigert hatte. Seine letzte Fahrt vom Präsidentenpalais bis an sein Grab war ein einziger Triumphzug.

Was Ebert unsrer Partei war, wissen alle, die je Gelegenheit hatten mit diesem seltenen Menschen in Berührung zu kommen, sein tiefes Wissen und seine nie erlahmende Energie kennen zu lernen. Mit ihm verloren wir einen unsrer Besten.

Die Ernte des Todes war in den abgelaufenen Jahren in untrer Bewegung sehr reich. Neben tausenden Streitern, deren Namen ungenannt und unbekannt sind, erwähnen wir nur die Namen Hjalmar Branting, van Kool, Pablo Iglesias und den durch Mörderhand gefallenen italienischen Genossen Matteotti. Ihrer aller Andenken wird fortleben in der Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Der letzte ordentliche Bezirksparteitag bestimmte Köln als den Sitz des Bezirksvorstandes. In den Bezirksvorstand wurden gewählt, die Genossinnen Helene Otto und Berthold, die Genossen Dr. Meerfeld, Rirschmann, Jörgiebel, Heinrich Kurth, Michel Schröder, Georg Beyer, Hans Böckler, Karl Haack, Lorenz Niedmiller, Bruno Kunowski, Ernst Hirsch, Wilhelm Hölken und Emil Merten.

Die Genossin Otto legte in der Berichtszeit ihr Amt nieder. Sie trat später zur Kommunistischen Partei über. Als Bezirkssekretär schieden in der Berichtszeit die Genossen Ernst Leberberg und Wilhelm Schack aus.

## Die Agitation

litt in der Berichtszeit im wesentlichen unter dem Mangel an Geldmitteln. Sie wurde weiter stark beeinflusst durch die andauernde Arbeitslosigkeit, die das Werben neuer Mitglieder sehr erschwerte. Belebt wurde die Agitation durch die fast ununterbrochenen Wahlkämpfe, die wir in den beiden Jahren zu bestehen hatten.

Nachdem die Geldwährung wieder stabil war, konnten die Beiträge nach und nach den neuen Verhältnissen angepaßt werden.

Leider litt in der Berichtszeit das Saargebiet, das bis dahin ziemlich günstige Verhältnisse gehabt hatte, unter dem Sinken des französischen Franken. Die blühende Bewegung des Saargebiets wurde dadurch stark gehemmt. Ebenso die Agitation an der Grenze des Saargebiets. Hier wohnen viele tausende Berg- und sonstige Industriearbeiter, die im Saargebiet ihrem Broterwerb nachgehen. Diese Leute werden in Franken entlohnt, müssen aber außerhalb des Saargebiets ihren Lebensunterhalt mit deutschem Gelde einkaufen. Da der Verdienst im Saargebiet an sich verhältnismäßig gering ist, beträgt die Lohnsumme dieser Leute oft nicht so viel, als ihre Wohlfahrtsunterstützung in der Heimatgemeinde betragen würde. Da ist von einer Agitationsmöglichkeit erklärlicherweise keine Rede.

## Die Stimmung der Bevölkerung

war fast während der ganzen Berichtszeit unserer Bewegung sehr günstig. Man erkennt immer mehr an, daß die Sozialdemokratische Partei praktische politische Arbeit leistet, auch dann, wenn sie in der Regierung nicht vertreten ist. Vor allen Dingen hat die kluge und geschickte Politik unsrer sozialdemokratischen Minister in Preußen, wie die geschickte Arbeit vieler Genossen in den Gemeindeparlamenten, unsre Arbeit wesentlich erleichtert. Festgestellt muß werden, daß die Wirte hier und da wegen der Hergabe der Lokale Schwierigkeiten machen, anscheinend auf Unregung gewisser Stellen. Es bürgert sich auch immer mehr die Ansicht ein, daß die Wirte für die Hergabe der Säle hohe Mieten fordern. Dagegen sollten sich alle Parteien zur Wehr setzen.

Im Jahre 1924 litten unsre Versammlungen zum Teil sehr unter den Störungsversuchen der Kommunisten. Wenn es auch meistens bei den Versuchen blieb, so war die Werbetätigkeit doch dadurch sehr beeinträchtigt. Als dann Saalschutz eingeführt wurde und manche Störer fühlbar zur Ruhe gebracht wurden, bekamen wir wieder ruhige Versammlungen.

Ein erheblicher Teil der Agitationsarbeit mußte am Anfang der Berichtszeit dem Wiederaufbau der durch den Ruhrkampf fast völlig zertrümmerten Organisation gewidmet werden.

## Der Erfolg war über Erwarten gut.

Soweit Aufstellungen geführt wurden, fanden in der Berichtszeit im Bezirk, einschließlich der Wählerversammlungen, 2666 öffentliche und 3528 Mitagiederversammlungen statt. Außerdem waren 444 Konferenzen, 851 Sitzungen und Besprechungen in Unterbezirken und Ortsvereinen. Die Zahl der verteilten Flugblätter, einschließlich der Wahlflugblätter, betrug 6 818 500, die der ausgegebenen Broschüren 52 000. An Handzetteln wurden 260 000 und an Plakaten 52 750 ausgegeben. Diese Zahlen zeigen das außerordentliche Maß von Arbeit, das in den beiden Jahren geleistet worden ist. Wenn es möglich war, das zu schaffen, dann nur mit aufopferungsvoller Hilfe der hunderterte Funktionäre, Männer und Frauen in den Ortsvereinen und Unterbezirken. Wir sind stolz auf das Geleistete, aber es muß noch viel mehr geschehen und es kann noch viel mehr ge-

sehen, wenn noch mehr Genossen sich in den Dienst der Sache stellen und mitarbeiten.

### Wahlen

Die Berichtsjahre waren außergewöhnlich reich an Wahlkämpfen. Fanden doch in den zwei Jahren zwei Reichstagswahlkämpfe, eine Landtagswahl in Preußen, eine Landtagswahl in Oldenburg (Wirkensfeld), Wahlen zum Landesrat im Saargebiet, allgemeine Gemeinderats- und Kreistagswahlen, eine Provinziallandtagswahl und die Reichspräsidentenwahl statt. Eine solche Flut von Wahlkämpfen in einer so kurzen Zeit stellte ungeheure Anforderungen an die Organisation wie an die organisatorisch und rednerisch tätigen Genossinnen und Genossen. Auch wurde es immer schwerer, die zur Führung all dieser Kämpfe notwendigen Geldmittel aufzubringen. Die Kassen fast aller Parteien sind erschöpft, dazu haben wir mit neuen Kämpfen zu rechnen.

Am 13 März 1924 wurde der Reichstag wenige Monate vor seinem natürlichen Ende aufgelöst. Die Auflösung erfolgte, weil die Sozialdemokratie die Enteignung der kleinen Sparer und des Mittelstandes auf Grund der dritten Steuer-notverordnung nicht mitmachte. Unsere Partei forderte Schutz des Achtstundentages, Aufhebung der Personalabbaurechtung, Aufhebung der Mietsteuer, Wiederherstellung der Schwurgerichte, Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten auf den Stand vom 1. 1. 1925, Heranziehung der bessergestellten Gehaltsempfänger zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung und Befreiung der Arbeitspflicht der Erwerbslosen von den an Sklaverei grenzenden Mißbräuchen bei der Durchführung dieser Verpflichtung. An Stelle der Mietsteuer wurde die Erhöhung der Zuschläge zur Vermögenssteuer bis zu 200 Prozent und schärfere Besteuerung der Inflationsgewinnler gefordert.

Mit diesen Forderungen zog die Sozialdemokratie in den Wahlkampf.

#### Am 4. Mai wurde die Wahlschlacht geschlagen,

gleichzeitig mit den Gemeinderatswahlen in Preußen. Der Ausfall der Wahl war ein Schlag gegen die Demokratie. Es waren Hungerwahlen in des Wortes vollster Bedeutung. Für unsere Partei bedeutete die Wahl eine Niederlage. Das traf besonders in Rheinlande zu. Große Wählermassen waren in ihrer Bitterheit über die brutalen Maßnahmen der Unternehmer und der Behörden den Schalmeytönen der Extremen rechts und links gefolgt.

Der Ausfall der Wahl war folgender:

Bei einer Beteiligung von 70,1 Prozent der Stimmberechtigten erhielten

<b>im Wahlkreise Köln-Machen</b>	
SPD.	91 789 Stimmen
KPD.	128 155 Stimmen
Zentrum	438 661 Stimmen
Demokraten	25 494 Stimmen
DWB.	70 316 Stimmen
D.-Natf. B.-B.	66 382 Stimmen

### Im Wahlkreise Koblenz-Trier

betrug die Beteiligung 78 Prozent. Es erhielten:

SPD.	47 652 Stimmen
KPD.	33 354 Stimmen
Zentrum	323 142 Stimmen
Demokraten	16 385 Stimmen
DWB.	55 047 Stimmen
D.-Natf. B.-B.	40 181 Stimmen

Im Wahlkreise Köln-Machen, wo besonders die Bergarbeiterschaft aufs äußerste verbittert war, hatte die KPD. uns überflügelt. Bei der Reichstagswahl 1920 hatte die Sozialdemokratie im Wahlkreise Köln-Machen 170 625, im Wahlkreise Koblenz-Trier 63 867 Stimmen erhalten. Der Verlust betrug also in Köln-Machen 78 836, in Koblenz-Trier 16 215 Stimmen, wir hatten mithin rund 92 000 Stimmen verloren.

Immier galt in unsrer Partei der Grundsatz, jede Niederlage wird weitgemacht. So auch 1924. Nicht einen Tag der Mutlosigkeit haben die Genossen gefamnt. Mit doppeltem Eifer ging es an den Auf- und Ausbau der durch den Ruhrkampf zerstörten Organisation. Der Erfolg sollte sich bald zeigen.

Der neue Reichstag erwies sich als nicht arbeitsfähig. Die Desperados auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken schwelgten im Siegestaumel. Die einen träumten von Weltrevolution, die andern von Monarchensput. Beunruhigtemäße Politik war mit ihnen nicht zu machen. Nachdem man sich monatelang um die Regierungsbildung herumgezankt und das Orakel befragt hatte, ob Rechtsblock, Bürgerblock, Koalition oder Fachminister uns beglücken sollten, löste Reichspräsident Ebert schon am 20. Oktober 1924 den Reichstag wieder auf.

#### Die Neuwahl fand am 7. Dezember 1924 zusammen mit der Neuwahl zum Preussischen Landtag statt.

Es zeigte sich jetzt, daß eine große Ernüchterung in den Reihen der Wähler eingetreten war. Zwar konnten die Rechtsparteien ihre Stimmen im wesentlichen auf Grund eines mit schamloser Demagogie geführten Wahlkampfes halten, die Kommunisten aber hielten fast ihren ganzen Gewinn vom 4. Mai ein.

Die SPD. erhielt im Wahlkreis Köln-Machen bei einer Beteiligung von 69,4 Prozent der Stimmberechtigten 139 963, in Koblenz-Trier bei 73,6 Prozent Beteiligung 59 588 Stimmen. Wir gewannen also in 6 Monaten in Köln-Machen 48 174, in Koblenz-Trier 11 936, also rund 60 000 Stimmen. Die Kommunisten verloren bei dieser Wahl im Wahlkreis Köln-Machen 48 539, im Kreis Koblenz-Trier 10 467, zusammen also 59 000 Stimmen. Und der Raßenjammer war groß!

Bei der Wahl am 4. Mai hatte unsre Partei rund 100 Mandate erhalten, am 7. Dezember erhielten wir 131 Mandate. Da mit den Kommunisten praktische Arbeit nicht zu leisten ist, sind auch im neuen Reichstag die Mehrheitsverhältnisse sehr ungünstig. Die Sozialdemokratie steht in der Opposition.



Bei der Maiwahl ging leider das bis dahin von uns innegehabte zweite Reichstagsmandat im Wahlkreis Köln-Nachen verloren. Genosse Meerfeld hatte keine Kandidatur mehr angenommen. In Köln-Nachen wurde Genosse Söllmann, in Koblenz-Trier an Stelle des gleichfalls zurückgetretenen Genossen Jörgiebel Genosse Emil Kirschmann gewählt. Bei der Dezemberwahl holten wir in Köln-Nachen das zweite Reichstagsmandat wieder, neben Genossen Söllmann wurde Genossin Schiffgens (Nachen), und in Koblenz-Trier wieder der Genosse Kirschmann gewählt.

Der erste Wahlgang der durch den Tod Friedrich Eberts notwendig gewordenen

### Reichspräsidentenwahl

fand am 29. März 1925, der zweite Wahlgang am 26. April statt. Zum ersten Wahlgang waren nicht weniger als 7 Kandidaten, darunter auch der unvermeidliche Ludendorff, aufgestellt. Unsere Partei präsentierte den preußischen Ministerpräsidenten, Genossen Otto Braun, als Kandidaten, während das Zentrum den Reichstanzler a. D. Marx, die Demokraten Herrn Hellpach, die Kommunisten Thälmann und der schwarzweißrote Rechtsblock Herrn Dr. Jarres auf den Schild hoben. Auf unsern Genossen Braun fielen nach einem Wahlkampf von fast beispielloser Heftigkeit 7 838 676 Stimmen. Der Rechtsblock hatte es auf 10 787 870, das Zentrum auf 4 Millionen und Thälmann auf 1 900 000 Stimmen gebracht.

Da keine Aussicht für den Rechtsblock bestand, mit Herrn Jarres das Rennen zu machen, wurde er in die Wüste geschickt und nach langen, nicht immer sehr erquicklichen, Verhandlungen der greife Feldmarschall v. Hindenburg als schwarzweißroter Kandidat aufgestellt. Die Verfassungsparteien — Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten — einigten sich auf die gemeinsame Kandidatur Marx, die Kommunisten hielten auch im zweiten Wahlgang an ihrer Kandidatur Thälmann fest. Der Erfolg war, daß Herr v. Hindenburg mit 14 600 000 Stimmen gegen 13 700 000 Stimmen, die auf Marx fielen, gewählt wurde. Auf Thälmann waren 1 900 000 Stimmen gefallen. Das besetzte Gebiet legte bei dieser Wahl ein glänzendes Bekenntnis zur Republik ab. Ueber 70 Prozent der in unserm Bezirk abgegebenen Stimmen fielen auf den republikanischen Kandidaten.

Der Siegesjubel der Rechten war zunächst groß. Als aber der neue Präsident den Eid auf die Verfassung und die Farben schwarz-rot-gold ablegte, als er gewissenhaft die Verfassung achtete und alle Winkelzüge der Rechten durchkreuzte, da schlug die Stimmung bald um. Unsere Stellung zum Präsidenten war gegeben. Er ist der Repräsentant der Deutschen Republik und genießt als solcher die Achtung, die wir seinem Amte schuldig sind. Wir sind nicht in die Fehler verfallen, die unsere Gegner Friedrich Ebert gegenüber jahrelang geübt haben.

### Die preußischen Landtagswahlen

waren zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 angelegt. Die Stimmenergebnisse deckten sich im allgemeinen mit

denen der Reichstagswahl. Es wurden 113 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt gegen 114 im frühern Landtag. Im Wahlkreis Köln-Nachen wurden die Genossen August Haas und Philipp Fries sowie die Genossin Kirschmann-Röhl gewählt. Der Genosse Erles hatte auf eine Wiederaufstellung verzichtet. Im Kreise Koblenz-Trier ging das eine, früher vom Genossen Schäfer (Saarbrücken) innegehabte Mandat verloren. Es wurde der Genosse Joseph Kleinmeyer wiedergewählt.

Die Arbeiten des Preussischen Landtags gestalteten sich infolge der ungünstigen Mehrheitsverhältnisse sehr schwierig. Die Deutsche Volkspartei sprengte nach der Wahl die Große Koalition, ihre Minister Boelck und v. Richter traten aus der Regierung aus. Das Kabinett Braun war damit gesprengt. Vorübergehend wurde Reichstanzler a. D. Marx Ministerpräsident. Er fiel, weil ihn seine eignen Parteifreunde v. Papen und Vönnary im Stich ließen. Bei den wiederholten Wahlen des Ministerpräsidenten stimmten die Kommunisten natürlich mit der Rechten.

### Die Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen

wurden am 4. Mai zusammen mit der Reichstagswahl vollzogen. Ihr Ausfall war wie bei der Reichstagswahl ungünstig. Zugleich wurden am selben Tage die Kreistagswahlen vorgenommen. Das bei diesen Wahlen entstandene Bild entspricht den wirklichen Verhältnissen schon längst nicht mehr. Sobald die neuen Gemeindeverfassungsgesetze vom Landtag verabschiedet sind, hoffen wir durch Neuwahlen ein wahres Bild der Stimmung der Wähler herbeizuführen.

### Die Provinziallandtagswahlen

fielen in den Herbst 1925. Sie wurden unter größter Interesselosigkeit der Wähler vollzogen, die Wahlbeteiligung war gering. Von 1 787 868 Stimmen erhielt die Sozialdemokratie 252 440, von den 163 Mandaten 23. Es wurden in unserm Bezirk gewählt:

Im Regierungsbezirk Köln: die Genossen Haas, Matth. Kurth, Görlinger, Wilhelm Hölken, Franz Marx und Stefan Venz; im Regierungsbezirk Nachen der Genosse Kuhnen, das zweite bisher innegehabte Mandat ging leider verloren. Im Regierungsbezirk Koblenz nebst Kreis Wehlar wurden die Genossen Picard (Koblenz), Mehne (Neuwied) und Fischer (Wehlar) und im Regierungsbezirk Trier Genosse Miß gewählt. In den Provinzialaus-schüß entsendet unsere Partei die Genossen Haas und Steinbüchel, in den Staatsrat Dr. Meerfeld und Eberle und in den Reichsrat als stellvertretendes Mitglied Genossen Gerlach.

Die Landesratswahl im Saargebiet war am 27. Januar 1924. Die Sozialdemokratie erhielt von 30 Mandaten 6, die Kommunisten 5, das Zentrum 14, die liberale Volkspartei 4, Haus- und Grundbesitzerliste 1 Mandat.

Ein besonderes wichtiges Moment bei den Wahlen ist

### die Abstimmung der Frauen.

Sie stellen die größere Zahl der Wähler, und es muß festgestellt

werden, daß sie immer noch, viel mehr als die Männer, gefühlsmäßigen Stimmungen statt dem politischen Verstande folgen. Bei der Dezemberwahl verteilten sich in Köln die Stimmen wie folgt. Es gaben Stimmen ab:

	Männer	Frauen
Sozialdemokratie	34 524	21 420
Deutschnationale	10 751	9 364
Kommunisten	22 149	10 183
Zentrum	40 401	57 993
Deutsche Volkspartei	17 697	15 550

In den Frauenstimmbezirken konnte das Zentrum also 17 550 Stimmen mehr buchen als in den Männerstimmbezirken, während bei der Sozialdemokratie 13 000 Männerstimmen mehr abgegeben wurden als Frauenstimmen, bei den Kommunisten fielen rund 12 000 Männerstimmen mehr als Frauenstimmen. Wenn auch ein Steigen des Anteils der Frauenstimmen für die Sozialdemokratie festgestellt werden kann, so muß uns doch dieses Verhältnis der Männerstimmen zu den Frauenstimmen zu denken geben. Die Organisatoren müssen dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

### Der Landesteil Birkenfeld

hatte in den letzten Jahren auch eine Anzahl Wahlkämpfe durchzuführen. Am 24. Mai 1925 war die Oldenburgische Landtagswahl. Die Wahl wurde nötig durch das Vorgehen der Beamtenregierung. Als die Landtagsmehrheit ihr das Vertrauen versagte, löste sie den Landtag auf. Der von den Mehrheitsparteien angerufene Staatsgerichtshof entschied, daß die Regierung zur Auflösung berechtigt gewesen sei. Die Vorbereitungen für die Wahl waren schwierig. Eben erst war die Reichspräsidentenwahl gewesen, die Wahlflautei war schier unüberwindlich. Die Arbeit mußte von einigen wenigen Genossen gemacht werden. Der bisherige Abgeordnete, der kürzlich verstorbene Genosse Zehetmair, konnte wegen seiner Erkrankung wenig tun. Die Rechtsparteien hatten sich auf eine Landbündliste geeinigt. Es wurden an Stimmen abgegeben: SPD. 2571, RPD. 376, Zentrum 2540, Landesblock 5178, Demokraten 1267. Wir verloren bei dieser Wahl das bisher innegehabte Mandat.

Die Landesausschuwahl in Birkenfeld war am 25. Oktober 1925. Die Kandidatenlisten der Gegner waren rein nach dem Gesichtspunkt der Richtumpolitik aufgestellt. Einzelne Listen wiesen Kandidaten aus fast jedem, selbst dem kleinsten Ort auf. Von uns wurde die Agitation sehr lebhaft betrieben, mit dem Erfolg, daß wir unsere Mandate halten konnten. Der frühere Genosse Julius Forster in Birkenfeld trat mit einer eignen Liste auf den Plan. Dadurch wurde Verwirrung angerichtet. Auf die Forster'sche Liste „Freie Vereinigung“ fielen 468 Stimmen und kein Mandat. Wir erhielten wieder 6 Mandate, die RPD. 1 Mandat.

Die Gemeinderatswahlen im Landesteil Birkenfeld waren gleichfalls am 25. Oktober 1925. Es konnten dazu nur in Oberstein und Ibar eigne Listen der Partei aufgestellt werden, weil

die Organisationen zum Teil darniederlagen, zum Teil aber auch unsern Genossen das Verständnis für die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Kandidatenvorschläge fehlte. Man hoffte im trüben fischen zu können und hat sich verpekuliert. In den beiden Orten Ibar und Oberstein errangen wir einen schönen Erfolg. In Ibar erhielten wir von 18 Mandaten 6, in Oberstein von 24 Mandaten 12. Da die RPD. einen Sitz in der Obersteiner Stadtverordnetenversammlung hat, besteht dort eine proletarische Mehrheit. Wir hatten unsere Mandatziffer genau verdoppelt, ein Erfolg vor allen Dingen der intensiven Kleinarbeit, die betrieben worden war.

## Von der sonstigen Arbeit

### Die Maifeiern

wurden in beiden Jahren in allen Orten des Bezirks, wo die Arbeiterbewegung Fuß gefaßt hat, in würdiger Weise begangen. Die Beteiligung, besonders an der Arbeitsruhe, war unterschiedlich. Der schwere wirtschaftliche Druck hat auch hier seine Wirkungen ausgeübt. Trotzdem, der Gedanke der Maifeier ist lebendig in den Herzen der Millionen Proletarier, die an diesem Tage ganz besonders nachdrücklich ihre Forderungen für den Nachmittags- und Arbeiterschuh und Weltfrieden erheben.

### Antikriegstage

wurden in den letzten Jahren in vielen Orten von den Parteimitgliedschaften, den Gewerkschaften und sonstigen auf dem Boden des Friedensgedankens stehenden Organisationen mit gutem Erfolg veranstaltet. Der Ruf „Nie wieder Krieg“ findet in immer mehr Herzen Widerhall. Diese Bestrebungen treffen sich zugleich mit denen, die auf den Schutz der Republik und der Demokratie gerichtet sind. Das Volk sieht ein, daß der Bestand der Republik und der Demokratie eine wirkungsvolle Friedensgarantie ist.

Gegenüber den immer erneut auftauchenden Versuchen von rechts, die Republik zu stürzen, die Verfassung zu durchlöchern und die Farben Schwarzrotgold zu beseitigen, schlossen sich die republikanisch eingestellten Volksgenossen zu einer Abwehrfront zusammen. Gemeinsam mit einigen mutigen republikanischen Männern aus dem bürgerlichen Lager gründete unser Genosse Hörsing

### das Reichsbanner „Schwarzrotgold“

als überparteiliche Organisation. Wie sehr diese Gründung einem Bedürfnis entsprach, bewies der glanzvolle Aufstieg dieser Organisation. In kurzer Zeit konnte das „Reichsbanner“ über drei Millionen entschlossener, kampferprobter Männer um sein Banner scharen und damit den verschiedenen Rechtsorganisationen einen entscheidenden Machtfaktor gegenüberstellen. Das „Reichsbanner“ ist heute ein Sturmrupp der Republik, ein Schutzwall für die Verfassung und die Farben des Deutschen Reiches.

Unsre Genossen haben am Auf- und Ausbau des „Reichsbanners“ in fast allen Orten tatkräftig mitgearbeitet, in der Erkenntnis, daß der Schutz der Republik und ihrer Farben sowie der Verfassung eine wichtige staatliche Aufgabe ist.

Die neue Bewegung, an der neben unsrer Partei besonders die Demokraten und das Zentrum beteiligt sind, konnte in unserm Bezirk zunächst nur langsam Fuß fassen. Besatzungs- und andre Schwierigkeiten waren zu überwinden. In letzter Zeit ist eine Besserung eingetreten. Auch im Gau Oberrhein, der sich räumlich mit dem Agitationsbezirk „Obere Rheinprovinz“ deckt, steht heute eine starke republikanische Schutztruppe auf der Wacht.

In frühern Berichten mußten wir immer der

### Rheinlandfrage

längere Betrachtungen widmen. Es hat den Anschein, als ob diese Zeit vorbei sei. Als wir den letzten Bericht abschlossen, sahen noch in einzelnen Orten unsres Bezirks Separatistennester, die ihre bekannte Gewaltherrschaft ausübten. Sie sind längst vergessen. Wer nennt heute noch die Namen Dorten, Smeets, Deckers und wie sie alle heißen? Das rheinische Volk hat mit diesen Burschen kurzen Prozeß gemacht, und hätte nicht Besatzungsgunst sie gedeckt, sie hätten nicht einen Tag im Rheinland das Haupt erheben können. Rheinisches Volk und vor allen Dingen rheinische Arbeiter haben die Wacht gehalten und das Gefindel zum Teufel gejagt. Die ehrenvolle Stellung der Arbeiterschaft, Partei und Gewerkschaften ist in letzter Zeit von kompetenter Stelle wiederholt und nachdrücklich anerkannt worden.

Wenn heute noch winzige Grüppchen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihre verschobenen Ideen propagieren, so ernten sie meistens nur das mitleidige Lächeln der rheinischen Bevölkerung. Der Spuk ist vorbei, das Rheinland bleibt deutsch und preußisch.

### Das Saargebiet

nimmt infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages eine besondere Stellung in der Organisation ein. Mit seiner Frankenwährung macht es zum zweiten Male die Schrecken einer Inflation durch. Zu aller wirtschaftlichen Not und politischem Druck, der auf dem Lande lastet, tritt noch die stete Beunruhigung durch das Sinken des Geldwertes.

Organisatorisch ist das Saargebiet mit der beste Unterbezirk. In 106 Ortsvereinen sind über 5000 Mitglieder zusammengefaßt. Die Bedeutung der Organisation ist aber im saarländischen Leben weit stärker, als es der zahlenmäßigen Stärke der Organisation entspricht. Wir sind die zweitstärkste Partei im Gebiet. Die Organisation ist vorbildlich ausgebaut. Acht Agitationsbezirke stehen der Unterbezirksleitung zur Seite.

Im Landesrat ist die Partei durch 6 (früher 5) Genossen, in den Gemeinderäten und Kreistagen mit 447 Genossen vertreten.

Das große, moderne Geschäftshaus der „Volksstimme“ wurde im Laufe der Berichtszeit fertiggestellt. Es enthält außer den Räumen

für den gesamten Zeitungsbetrieb noch 32 Bureauräume, in denen 17 Organisationen untergebracht sind.

In den letzten Jahren wurde das Wirtschaftsleben des Saargebiets fortgesetzt von großen Lohnkämpfen erschüttert, die größtenteils aus dem Sinken des Franken resultieren.

Der politische Kampf im Saargebiet dreht sich seit Jahren mit größter Schärfe um die Gewährung der in allen Kulturländern bestehenden politischen Rechte und die Abwehr der französischen Annexionsbestrebungen. Letztere sind seit der Niederlage des Nationalen Blocks bei den Kammerwahlen im Mai 1924 etwas zurückgetreten. Es ist ein Hauptverdienst unsrer Partei, daß die einseitig französisch eingestellte Politik der Regierungskommission Fiasko machte. Erwähnt sei nur die Schaffung des Landesrats, Entfernung des Militärs u. a. Es besteht begründete Aussicht, daß die Rechte des Landesrats erweitert werden und daß den nicht im Saargebiet Geborenen das passive Wahlrecht eingeräumt wird.

Die auch im Saargebiet zeitweise auftretende

### Separatistenbewegung

scheiterte bald am Widerstand der Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft. Das französische Propagandablatt „Saarkourier“ ist eingegangen. Ein „Klub der Autonomisten“ spukt noch herum, wird aber von der Bevölkerung nicht recht ernst genommen.

Jahrelang stand dem außenpolitischen Druck eine geschlossene Front aller Parteien des Saargebiets gegenüber. Diese Arbeitsgemeinschaft endete im September 1924, als der Schwerindustrielle Röchling, der Führer der Deutschen Volkspartei des Saargebiets, seinen 7000 Arbeitern den Achtstundentag und 25 Prozent ihres Lohnes rauben wollte. Eine weitere Zusammenarbeit mit diesem Scharfmacher erschien den Genossen im Saargebiet untragbar, sie traten aus der Arbeitsgemeinschaft aus. Der Widerstand gegen Röchling wurde von unsrer Partei, Seite an Seite mit den Gewerkschaften, geführt. Es war ein fast voller Erfolg zu verzeichnen. Seit jener Zeit beteiligt sich unsre Partei nicht mehr an den gemeinsamen Delegationen, sondern sendet eigne Delegationen zu den Völkerbundstagen.

In der Regierungskommission ist die Partei nicht vertreten, hat aber einen Schulrat und einen Leiter des Arbeitsamts in Regierungskommission. Zurzeit dreht sich der Hauptkampf um die Steuerpolitik. Die sechszehnjährige Lohn- und Gehaltssteuer hat zwar einige Besserungen erfahren, wir fordern aber die Einführung des Reichseinkommensteuergesetzes, das für die Arbeiterschaft wesentlich günstiger ist.

Der Präsident der Regierungskommission, K a u l t, ein Stodfranzose, ist durch den Kanadier S t e f f e n s ersetzt. Ob damit eine Besserung eintritt, ist abzuwarten.

Die Kommunisten haben im Saargebiet abgewirtschaftet, die Arbeiterschaft wendet sich von ihnen ab. Bei ihnen ist es still, während in unsrer Partei ein reges Leben pulsiert.

## Kommunalpolitik Gemeindevvertretungen

Unsre schon im letzten Bericht ausgesprochene Hoffnung, daß die Gemeindeverfassungsgeetze in Kürze eine zeitgemäße Reform erfahren würden, hat sich noch immer nicht erfüllt. Durch die Auflösung des Preussischen Landtags fiel die ganze vorbereitende Arbeit für die Gemeindeverfassungsgeetze unter den Tisch. Der neue Landtag hat bisher vor lauter Ministerkürzerei und sonstigen Aktionen für diese Arbeit noch nicht genügend Zeit gefunden. Wir warten also noch und haben die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben.

Die Arbeit unsrer Genossen in den Gemeinden ist heute schwieriger denn je. Überall machen sich die Folgen der Inflation auch in den Gemeinden bemerkbar. Immer neue Aufgabengebiete, die große finanzielle Belastungen mit sich bringen, werden den Gemeinden von Staat und Reich aufgebürdet, ohne ihnen entsprechende Einnahmequellen zuzuweisen. Die Steuermöglichkeiten sind beschränkt. Der Wohlfahrtssetz aller Gemeinden wächst ins Ungeheuerliche. Überall stehen unsre Genossen in der Abwehr gegen die Bürgerlichen, die gerade hier falsch angebrachte Sparsamkeit üben wollen. Wohin man blickt, Lasten auf Lasten für die Gemeinden.

Die größte Sorge der Gemeinden ist zurzeit wohl die Fürsorge für das große Heer der Erwerbslosen, der Sozial- und Kleinrentner und der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Auf diesem Gebiete liegt auch in der Hauptsache die Mitarbeit unsrer Genossen in den kleinen Gemeinden. Sie sind immer dafür eingetreten, den Gemeinden die Mittel zu beschaffen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Aufrechterhaltung, besonders der sozialen Einrichtungen, gebrauchen. Selbstverständlich ist, daß wir immer und überall darauf dringen, daß diese Mittel da genommen werden, wo das Opfer tragbar ist. Die werktätige Bevölkerung leidet schon ohnehin unter der Erwerbslosigkeit ungeheuer. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und müssen den sozialen Ausgleich zum mindesten in der Steuerfrage suchen.

### Die Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1924

brachten uns leider eine erhebliche Schwächung unsrer Gemeindevvertretungen. Wir sind zurzeit mit 64 männlichen und 2 weiblichen Stadtverordneten in 32 Städten, sowie 237 männlichen und einem weiblichen Gemeindevorteiler in 81 Gemeinden vertreten. In fünf Städten haben wir 7 besoldete Beigeordnete. Die Zahl der unbesoldeten Beigeordneten und der Gemeindevorstandsmittelglieder konnte wegen der mangelhaften Berichterstattung nicht festgestellt werden. In 33 Landkreisen sind wir durch 88 Kreistagsabgeordnete vertreten, im Provinziallandtag für unsern Bezirk durch 11 Abgeordnete. Diese Zahlen entsprechen in keiner Weise der Stärke unsrer Partei, sie beruhen, mit Ausnahme der Provinziallandtagsmandate, auf dem längst veralteten Wahleresultat von 1924.

Bei den Wahlen machen sich immer wieder Bestrebungen auf sogenannte Arbeiter- oder Bürgerlisten bemerkbar. Etliche Genossen

glauben, die Wähler übertölpeln zu können, wenn sie unter falscher Flagge in den Kampf gehen. Das ist ein Trugschluß und der Partei unwürdig. Wir erkennen als Vertreter der Partei nur die Stadtverordneten und Gemeindevorteiler an, die auf sozialdemokratischen Vorschlagslisten gewählt sind.

Notwendig ist weiter ein festerer Zusammenschluß aller Gemeindevorteiler eines Verwaltungstreffes zu Kreisvereinigungen, denen dann selbstverständlich die im Kreise wohnenden Kreistagsmitglieder beizutreten haben. Diese Vereinigungen sind unterbezirkweise zusammenzufassen zu Bezirksvereinigungen. Werden diese Vereinigungen richtig ausgebaut, sind sie ein vorzügliches Mittel zur Schulung der Vertreter, zum Austausch der Meinungen und zur Anregung und Förderung kommunalpolitischer Arbeit.

### „Die Gemeinde“,

das kommunalpolitische Organ der Partei, hat immer noch nicht die Verbreitung, die ihr gebührt. Für jeden Gemeindevorteiler ist das Blatt eine reiche Quelle des Wissens. Gesammelt ergeben die Hefte ein unerfetzliches Nachschlagematerial. Viele Gemeinden liefern ihren Gemeinde- und Bürgermeisterratvertretern auf Gemeindefosten ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl. Unsre Genossen werden selbstverständlich in diesem Falle für sich „Die Gemeinde“ verlangen.

Die in der Inflationszeit eingegangene

### „Sozialdemokratische Gemeindezeitung“

konnte noch nicht wieder ins Leben gerufen werden. Zu groß ist die Not der einzelnen im Lande und der Organisationen. Sie wird von den Genossen in den Landgemeinden immer wieder gefordert als Ergänzung zur „Gemeinde“. Der Bezirksvorstand gibt ab April 1926 eine zunächst monatlich einmal erscheinende kommunalpolitische Beilage zur Tagespresse heraus. Diese Beilage wird allen Blättern im Bezirk beigelegt und muß gleichfalls von den Interessenten gesammelt werden. Damit soll dem allerdringendsten Bedürfnis so gut es geht zunächst abgeholfen werden.

## Die Organisation

mußte nach Beendigung des Ruhrkampfes völlig neu wieder aufgebaut werden. Die vielen Ausweisungen, die Lahmlegung des Verkehrs und der schwere wirtschaftliche und politische Druck im fast gesamten besetzten Gebiet hatten es mit sich gebracht, daß 75 Prozent der Ortsvereine eigentlich nur noch auf dem Papier bestanden, oder sie waren auf einige wenige Mitglieder zusammengeschrumpft. Die Sekretäre waren ausgewiesen, die Presse meistens verboten.

Nach Beendigung des Ruhrkampfes gingen wir sofort an die Wiederaufbauarbeit. Nur nach und nach kehrten die Ausgewiesenen zurück. Der Genosse Picard als Sekretär des Unterbezirks Koblenz konnte erst am 1. Oktober 1924 seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Dank der freudigen und opfervollen Mitarbeit der Genossen im Lande vollzog sich der Aufbau ziemlich rasch. Bereits Ende 1924 konnten wir wieder 200 Ortsvereine mit geregelter Vereinsleben aufmustern. Zurzeit bestehen, einschließlich des Saargebiets, rund 306 Ortsvereine im Bezirk. Zugleich mit dem Neuaufbau wurde die Umgestaltung der Organisation auf die zentrale Kassensführung, entsprechend den Beschlüssen des Weimarer Parteitags, durchgeführt. Es hat sich herausgestellt, daß sich dieses System absolut bewährt hat. Die Unterbezirkssekretariate sind jetzt vollkommen auf die Werbe- und Organisationsarbeit eingestellt.

An dem organisatorischen Aufbau wurden nur insofern Änderungen vorgenommen, daß heute die Unterbezirke sich jeweils mit den Grenzen der Regierungsbezirke decken. Eine Ausnahme macht der Unterbezirk Gummersbach-Waldbröl-Wipperfürth, der als selbständige Organisation neben dem Unterbezirk Köln besteht. Das Land Wirkenfeld ist dem Unterbezirk Trier angegliedert.

Es bestehen zurzeit folgende Unterbezirke: Aachen (Sekretär Karl Mößinger), Gummersbach (Vorstandender Mag. Huber), Koblenz (Sekretär Emil Pickard), Köln (Sekretär Lorenz Niedmüller), Saarbrücken (Sekretär Valentin Schäfer), Trier (Sekretär Hans Meifferscheidt). Neben den leitenden Sekretären sind in Saarbrücken und Köln noch je ein Verwaltungsj sekretär tätig.

### Die Agitationsausschüsse,

die für jeden Verwaltungskreis gebildet werden sollen, sind noch nicht überall tätig. Wo sie errichtet sind und gute Leitung haben, sind sie wertvolle Stützpunkte für die Organisation und die Agitation. An ihrem Ausbau muß nachdrücklichst weitergearbeitet werden.

### Die Beitragsfrage

Ist nach der Stabilisierung der Währung zur Ruhe gekommen. Der Beitrag beträgt als Mindestbeitrag für Männer 20.3 und für Frauen 10.3. Eine große Anzahl Orte und Kreise erheben zur Deckung der besonderen Ausgaben im Orte bzw. Unterbezirk einen wöchentlichen Zuschlag von 5.3. Immer wiederkehrenden Anträgen entsprechend wurde das Eintrittsgeld auf 50.3 für Männer und 25.3 für Frauen festgesetzt.

### Die Mitgliederbewegung

war trotz der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse verhältnismäßig günstig. Nach dem Ruhrkampf war die Organisation bis auf etwa 12 000 Mitglieder zusammengeschmolzen. Schon in der Hälfte des Jahres 1924 setzte der Aufstieg wieder ein. Ende des Jahres 1924 waren wieder rund 18 000, darunter 3000 weibliche, Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1925 stieg die Zahl weiter. Sie betrug am Jahreschluß 22 500, darunter 3100 weibliche, Mitglieder. Diese Zahlen sind nach den tatsächlich verkauften Beitragsmarken errechnet. Da mindestens 60 Prozent unserer Mitglieder erwerbslos sind — in einzelnen Orten sind es über 90 Prozent —, so können wir mit einer festen Mitgliederzahl von rund 30 000 rechnen. Das

ist ein Ergebnis, das gut genannt werden kann, das sich sofort aber noch bedeutend bessern wird, wenn der schwere wirtschaftliche Druck von der Arbeiterschaft genommen ist.

Das Jahr 1924 brachte uns 1803 Neuaufnahmen und 138 Uebertritte aus andern Organisationen, 1925 hatten wir trotz der Arbeitslosigkeit 1816 Neuaufnahmen und 263 Uebertritte. Die Mitglieder-situation war trotz der Not verhältnismäßig gering.

Das größte Hemmnis für eine raschere Entwicklung der Parteiorganisation und die Agitation ist immer noch der Mangel an genügend geschulten Kräften. Es wird langsam besser, aber wir müssen mehr als bisher unser Augenmerk auf die systematische Heranbildung eines vorbildlichen Funktionärkörpers legen.

Ueber die geleistete Arbeit haben wir unter dem Abschnitt „Agitation“ bereits eine Menge Zahlen genannt. Dieses Material ist unvollständig. Die wirklich geleistete Arbeit ist bedeutend größer. Sie kann im einzelnen gar nicht erfasst werden, weil keine genauen Statistiken geführt werden. Aber schon in den genannten Zahlen steckt ein großes Maß Arbeit, das nur mit Hilfe der vielen Genossinnen und Genossen geleistet werden konnte. Allen unsern Mitarbeitern den Dank für treue und fleißige Arbeit auszusprechen, ist uns eine Ehrenpflicht.

Der Bezirksvorstand hat in der Berichtszeit 28 Sitzungen abgehalten, der Bezirksausschuß acht. Die Bezirkssekretäre nahmen an 216 Versammlungen teil, davon an 184 als Redner, ferner an 113 Sitzungen der Unterbezirke und Agitationsausschüsse und an 158 Sitzungen mit Ortsvereinsvorständen und sonstigen Sitzungen.

Es haben in der Berichtszeit ein ordentlicher Parteitag in Köln und ein außerordentlicher Parteitag in Bonn stattgefunden. Im Parteiausschuß war der Bezirk durch den Genossen Miß vertreten.

### Die Frauenorganisation

ist nach wie vor ein schweres Problem. Die große Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen geht in den Jugendjahren dem Broterwerb nach. In dieser Zeit sind sie für den Organisationsgedanken meistens noch nicht reif. Später in der Ehe lebt die Frau abgeschlossen für sich. Ihr Heim ist ihre Welt, soll es wenigstens sein. Es schließt sie aber ab vom Verkehr mit Gleichgesinnten und Leidensgenossinnen. Der Mann tauscht in Versammlungen, auf der Arbeitsstätte, im täglichen Verkehr seine Gedanken aus. Dadurch sind Politik und Organisationsgedanke der Frau fremder als dem Mann. Vielleicht aber haben wir auch in der Frauenwerbearbeit nicht immer den rechten Ton gefunden. Trotzdem können wir, wenn wir alle Schwierigkeiten in Rechnung stellen, schon jetzt einen Achtungserfolg buchen. In der Stadt Köln sind rund 2000 Frauen in der Partei organisiert. Sie verteilen sich auf 116 Bezirke. Ueberall, wo die Möglichkeit besteht, gehören Frauen den Ortsvereins- und den Ortsbezirksvorständen an. In einigen Orten, besonders in Köln, finden regelmäßige Frauen-Zusammenkünfte statt. Es werden entsprechende Vorträge gehalten. Deffentliche Frauen-Versammlungen

fanden in den größern Orten, wie Köln, Aachen, Trier statt. In den Jahren 1924 und 1925 fand in Köln je eine Frauen-Konferenz statt. Diese, wie auch gemeinsame Ausflüge erfreuen sich großer Beliebtheit und haben den Frauen zu gegenseitiger Fühlungnahme Gelegenheit gegeben.

Als ein gutes Werbemittel sowohl für die Frauenliteratur als auch für die Bewegung erweisen sich

### die Frauenwelt-Abende.

In leichtverständlicher Weise werden den Frauen der sozialistische Gedanke wie die die Frauen besonders interessierenden politischen Probleme nahegebracht. Gleichzeitig bekommen sie in anregender Form einen Einblick in die sozialistische Literatur. Viele Mitglieder und viele Leserinnen der „Frauenwelt“ sind durch diese Veranstaltungen gewonnen worden.

Die Haupttätigkeit der organisierten Frauen liegt auf dem Gebiet der

### Arbeiterwohlfahrt,

dem auch die meisten Vortragsthemen entnommen sind. Wohlfahrts-pflege und -fürsorge sind das ureigene Gebiet der Frau, wo sie sich praktisch sozial betätigen kann. Die Befürchtung, die Arbeiterwohlfahrt werde der Partei die tätigen Kräfte entziehen, ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil kann gesagt werden, daß durch die Arbeiterwohlfahrt Hunderte von Frauen zu praktischen und tüchtigen Mitarbeiterinnen herangezogen worden sind. Die Wirtschaftsnot hemmt einerseits die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterwohlfahrt, andererseits hat sie diese Organisation vor so viele und so große Aufgaben gestellt, daß die Ausbreitung fast zwangsläufig gegeben war.

Neben dem blühenden Ortsauschuß Köln mit seiner Heimstatt, seinen Jugendheimen und sonstigen Einrichtungen, bestehen im Bezirk 42 Ortsauschüsse, die teilweise zu Kreisauschüssen zusammengefaßt sind. In einer Reihe von Orten, wie Aachen, Bonn, Siegburg, Euskirchen, Koblenz und Trier, sind Jugendheime geplant bzw. schon errichtet. Eigene Sekretariate bestehen in Köln und Trier. In der Beratung und Betreuung, in der Kinder- und Jugendfürsorge, überall, wo Not zu lindern ist, tritt die Arbeiterwohlfahrt ein. Läßt sich auch die Arbeit, die geleistet wurde, nicht in einem kurzen Bericht zusammenfassend schildern, so kann doch gesagt werden, daß ein sehr großes Maß von Arbeit geleistet wird, die sich im stillen abwickelt.

Unsre nächste Aufgabe wird sein, die Organisation der Arbeiterwohlfahrt auszubauen, sie der Verwaltungsorganisation anzupassen und mehr als bisher die vorhandenen Kräfte zusammenzufassen und auszunutzen. Vor allen Dingen müssen die Gemeindevorteiler, Stadtverordneten und Kreistagsmitglieder viel mehr, als das bisher geschehen ist, in die Arbeiten der Arbeiterwohlfahrt eingegliedert werden. Weiter muß das Berichtswesen besser ausgebaut werden. Zwei Tagungen haben in der Berichtszeit in Köln stattgefunden. Besonders die letzte Tagung am 5. und 6. Juni 1925 hatte weit über den Rahmen Kölns und des Bezirks hinaus Interesse.

## Die Beamtenbewegung

wurde stark durch die Maßnahmen, die eine Folge des Ermächtigungsgesetzes waren, und die tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten eingriffen, beeinflusst. Aber weder die schwere Beschneidung der Beamtenrechte durch das Ermächtigungsgesetz, noch die verheerende und demagogische Agitation der Rechtsparteien, die alle Schuld an der Beamtennot auf unsre Partei abzuwälzen suchten, vermochten den gesunden Beamtenstamm, über den unsre Partei seit langem verfügt, abtrünnig zu machen. Gewiß hat die schändliche Art, wie der Beamtenabbau durchgeführt wurde, verbitternd gewirkt und unsre Werbe-Arbeit gelähmt, wie sie auch das Vereins- und Versammlungsleben beeinflusste. Aber die Erkenntnis, daß die Realpolitik unsrer Partei den Beamten weit mehr dient, als alle unerfüllbaren Versprechungen der Rechtsparteien, hat sich besonders bei den untern Beamten durchgesetzt. Die Fluktuation ist daher gerade in der Beamtenbewegung gering. Diese Tatsache ist um so höher zu bewerten, als sich die Beamenschaft vor der Staatsumwälzung im politischen Leben freiwillig gar nicht betätigen durfte.

Der Ausbau der Beamtenorganisation konnte weiter gefördert werden, indem der Reichsbeamtenbeirat vergrößert und dadurch die direkte Verbindung mit der Landtags- und der Reichstagsfraktion hergestellt wurde. Den Beamtenmitgliedern aller Orte ist somit Gelegenheit gegeben, durch ihren Vertreter im Reichsbeamtenbeirat zu allen wichtigen Beamtenfragen Stellung zu nehmen und den Parteivorstand und die Fraktionsvertreter zu informieren. Mitglied des Reichsbeamtenbeirats für unsern Bezirk ist Genosse Emil Merlen.

Die im Jahre 1923 infolge der Inflation eingegangene Zeitschrift

### „Der freie Beamte“

wurde im September 1924 wieder ins Leben gerufen. Es ist damit wieder ein Informationsorgan für die Parteilgenossen, wie auch ein Publikationsorgan für die Beamtzentrale geschaffen. Darüber hinaus soll diese Zeitschrift den Beamten als Sprachrohr dienen und Gelegenheit zur Erörterung der vielen noch ungelösten Beamtenfragen geben. Daß die Lösung dieser großen Aufgabe der Sozialdemokratie vorbehalten sein wird, daran zweifelt kein denkender Beamter mehr, der die Ereignisse der letzten Zeit verfolgt hat. Das von der Sozialdemokratischen Partei auf dem Berliner Parteitag 1924 herausgegebene Beamtenprogramm weist für diese Aufgabe den Weg.

Es wird notwendiger denn je sein, in der kommenden Zeit mit verdoppelter Kraft die Werbearbeit für die Partei in der Beamenschaft zu betreiben. Hierbei müssen alle Hand anlegen, denen dazu Gelegenheit geboten ist, vor allen Dingen die Parteilgenossen, die selbst in Beamtenstellen stehen, denn zum demokratischen Staat und einem demokratischen Verwaltungswesen gehört ein demokratischer Beamtentörper.

## Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrerinnen und Lehrer

hat auch in der Berichtszeit eine rege Tätigkeit entfaltet. Wohl sind manche Mitglieder, die die Revolutionswelle uns zugeschwemmt hatte, wieder zur großen Armee der Unpolitischen zurückgekehrt, doch kann die Arbeitsgemeinschaft heute auf eine stattliche Zahl fester und treuer Mitglieder rechnen. Daß fruchtbare politische Arbeit geleistet wird, verbürgt schon der Umstand, daß eine Reihe Mitglieder in den leider so sehr zersplitterten Lehrgewerkschaften führend tätig sind. Diese Organisationen sollen durch die Arbeitsgemeinschaft keineswegs überflüssig gemacht werden. Unsr Genossen leisten auch dort wertvolle und bahnbrechende Arbeit.

Der im Herbst 1925 auf nicht alltägliche Weise in die Öffentlichkeit gekommene Reichsschulgesetzentwurf des deutschnationalen Innenministers Schiele rief die Arbeitsgemeinschaft zu schärfster Abwehr auf den Plan. Einnützig hat die Arbeitsgemeinschaft jenes reaktionäre Machwerk abgelehnt. Dadurch wurde der Kampf weit in die Reihen der nichtsozialistischen Lehrerschaft getragen. Die Arbeitsgemeinschaft will der Partei durch Wahrung des schulpolitischen Interesses dienen. Sie will aber auch in den schulpolitisch indifferenten Massen als Sauerzeug wirken, um so an der allmählichen Vervollständigung der Schule wirksam mitzuarbeiten. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich kürzlich neu konstruiert und ihre Beziehungen zur Berliner Zentrale erneuert. Sie hält jetzt regelmäßig ihre Monatsversammlungen ab.

Dringend erwünscht wäre, daß die vielen Landlehrer, die der Partei angehören, ihren Anschluß an die A.G. vollziehen würden, da dadurch auch die schulpolitischen Fragen des platten Landes mehr als bisher in den Arbeitskreis mit einbezogen werden könnten.

## Die Jugendbewegung

hat sich im Bezirk gut entwickelt. Die Schaffung des Bezirksjugendsekretariats hat sich bewährt. Die Mitgliederzahl konnte gesteigert, die Organisation gefestigt werden. Bisher litt die Bewegung um wesentlichen unter dem Mangel an Jugendheimen. In letzter Zeit ist darin eine Besserung eingetreten. Die Arbeiterwohlfahrt hat eine Anzahl Jugendheime errichtet und damit der Bewegung mehr innere Festigkeit und Werbekraft gegeben. Besonders gut entwickelt sich die Bewegung im Koblenzer und Obersteiner Gebiet.

Zur Heranbildung eines Funktionärstammes und zur Schulung der Mitglieder wurden in den einzelnen Arbeitsgebieten Kurse und Arbeitsgemeinschaften veranstaltet. Der Funktionärkursus in Lännich wurde beschickt. Mit dem Bezirk Niederrhein wird eine Arbeitsgemeinschaft gepflegt, die sich als sehr segensreich erwiesen hat.

Die E.A.B. ist dem Landesauschuß rheinischer Jugendverbände bei seiner Gründung beigetreten. In einigen Orten, in denen keine gesetzmäßigen Ausschüsse für Jugendpflege bestanden, konnten solche mit unsrer Hilfe ins Leben gerufen werden. Mit dem deutschen Jugend-

Herberverges verbande steht unsre Jugendbewegung in steter Verbindung. Der Reichsjugendtag in Hamburg konnte von uns mit 300 Jugendlichen aus dem Bezirk beschickt werden.

Diese hohen Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung bedürfen zu gleicher Zeit mit dem äußern Kampf innerer Vorbereitung. Sie setzen klare Erkenntnis und hohen sittlichen Willen voraus. Die geistige Vorherrschaft zu brechen, bedeutet für uns, umfassende Schulungsarbeit zu leisten. Wenn eine neue Kultur entstehen soll, müssen wir die alte durchdringen und ihre Werte nutzbar gemacht haben. Der Gemeinschaftsgedanke muß das Leben der Massen leiten, ehe er zum Grundfak einer neuen Zeit werden kann. Hier hat die sozialistische Jugendbewegung als Erziehungsorganisation ihren Platz in der gesamten Arbeiterbewegung. Hier liegt ihre große Aufgabe. Für die mögliche Erfüllung dieser Forderungen hat sie das sozialistische Jungvolk zu schulen und die Kräfte der kommenden Arbeiterbewegung zu entwickeln.

## Die Jungsozialistengruppen

entfalten eine emsige Tätigkeit. Durch Beschluß des Parteivorstandes wurden die dem Nelsonbund angehörenden Elemente ausgeschieden. Die Tätigkeit der Jungsozialisten erstreckt sich im wesentlichen auf die Erziehung und Heranbildung tüchtiger Streiter für den Sozialismus. Die in den Zusammenkünften besprochenen staatswissenschaftlichen, politischen und philosophischen Themen beweisen, daß es den Jungsozialisten ernst ist mit ihrer Ausbildung.

Ein Teil der gestellten Themen wurde in Arbeitsgemeinschaften an mehreren Abenden durchgenommen. Die Kölner Gruppe hat nach dem Austritt der Nelsonbündler einen schönen Aufschwung genommen. Die Gruppen arbeiten jetzt in engster Fühlung mit der Partei.

## Die Bildungsarbeit

litt, wie alle organisatorische Tätigkeit, unter der der Inflation folgenden Geldknappheit und der Arbeitslosigkeit. Die Sorge um die Beschaffung der notwendigsten materiellen Lebensgüter läßt leicht das Interesse für geistige Güter zurücktreten. Trotzdem ist mit den vorhandenen Mitteln und Kräften fleißig gearbeitet worden. Leider verhindert die immer noch mangelhafte Berichterstattung, ein erschöpfendes Bild der geleisteten Arbeit zu geben. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, daß in den größeren Parteiortern sowohl in bezug auf die Vortragsarbeit, als auch in Hinsicht auf künstlerische und unterhaltende Veranstaltungen sehr viel und recht Gutes geleistet wurde.

Notwendig ist, daß die Bildungsarbeit im Bezirk mehr als bisher organisatorisch aufgebaut und einheitlicher zusammengefaßt wird. Das ist notwendig, um vorhandene Kräfte besser auszunutzen und um eine bessere Uebersicht über geleistete Arbeit zu erhalten.

In Köln wurde die Arbeiterbildungsgemeinschaft geschaffen, in der die Bildungsarbeit der Partei und der freien Gewerkschaften zusammengefaßt ist. Die Arbeiterbildungsgemeinschaft (A.B.G.) ist mit dem Sängerkartell, dem Sportkartell, der Arbeiterjugend, der freien



Volksbühne und andern Kulturorganisationen zu einem Kulturkartell vereinigt. Das Kulturkartell hat die Aufgabe, große, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen und ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Organisationen zu verhüten. Zur Durchführung der notwendigen Arbeiten wurde für die Stadt Köln ein Bildungsekretariat mit besoldetem Sekretär geschaffen. Dem Sekretariat steht der Genosse Wilhelm Schack vor. Die Mittel für das Sekretariat trägt die W.B.

Die Vortragsarbeit war sehr lebhaft. Einzelvorträge und kurzfristige Veranstaltungen fanden in großer Zahl statt und fanden guten Anklang. Der Besuch war durchweg sehr gut. Auch die künstlerischen Veranstaltungen, unter denen eine Laskallegedenkfeier, ein Weihnachtskonzert und eine Ausstellung: „Buch, Bild und Schmucl für das bescheidene Heim“ besonders hervorragten, erfreuten sich guten Besuches. Ebenso erweckten überall die veranstalteten Lichtbildvorführungen großes Interesse.

Auf dem sehr wichtigen Gebiet der Büchereiarbeit konnte bisher leider nur wenig getan werden. Der Aufbau der Organisationen mußte zunächst vorgehen. Auch fehlten die notwendigen Mittel. Mit der erhofften Besserung der wirtschaftlichen Lage wird auch auf diesem Gebiete mehr getan werden können. Bestimmte Pläne liegen für das neue Geschäftsjahr auch in dieser Hinsicht vor.

Bei der Büchereiarbeit muß viel mehr als bisher auch auf die Erhaltung bestehender Büchereien geachtet werden. Sie ist ebenso wichtig als die Beschaffung neuer Büchereien. Es werden in Zukunft nur noch in solche Orte Bücher gegeben werden können, in denen die sichere Gewähr für gute und pflegliche Behandlung der Bücher und eine gute Verwaltung der Büchereien vorhanden ist. Daneben muß eingesehen werden, daß nicht nur Anforderungen an den Bezirksbildungsausschuß gestellt werden dürfen, sondern daß die Ortsvereine selbst helfen müssen die notwendigen Mittel aufzubringen.

Im Bezirk liegt die Bildungsarbeit wie bisher im Bezirkssekretariat. Sie wird durchgeführt vom Bezirksbildungsausschuß (B.B.). Für die vor uns liegenden Geschäftsjahre sind weitgehende Vorbereitungen für umfassende Bildungsarbeiten im ganzen Bezirk getroffen.

### Literatur und Presse

Nachdem die Inflation überwunden war, konnten nach und nach die eingegangenen Zeitschriften ersetzt werden. An Stelle der „Neuen Zeit“ erscheint die „Gesellschaft“; die „Gleichheit“ ist durch die „Frauenwelt“ ersetzt. Als Informationsorgan für die Frauen erscheint „Die Genossin“, für die Funktionäre das „Mittelungsblatt“.

Zur Verbreitung guter Bücher hat der Diez-Verlag den „Bücherkreis“ ins Leben gerufen, der bisher sechs geschmackvolle und literarisch hochwertige Werke herausgebracht hat. Gegen einen Monatsbeitrag von 1 M kann jeder Genosse sich vier schöne und gute Bücher im Jahre beschaffen. Der Bücherkreis hat im ganzen Bezirk, soweit wir feststellen konnten, etwa 700 Mitglieder. Ein schöner Erfolg für die kurze Zeit seines Bestehens.

Ueber die Bezieherzahl der sonstigen Parteizeitschriften kann nichts Bestimmtes gesagt werden, da sie sich auf viele Buchhandlungen und Postbezug verteilen.

Die sechs im Bezirk vorhandenen Parteiblätter erfreuen sich einer guten Entwicklung. Die Stammbücher geben zusammen noch fünf Kopfbücher heraus. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten konnte die Leserschaft zum Teil gehalten, zum Teil noch gesteigert werden. Trotzdem muß dem Vertrieb unserer Literatur, der Werbearbeit unserer Zeitungen immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es muß in die Köpfe der Arbeiter gehämmert werden, daß in jedes Arbeiterheim die sozialdemokratische Zeitung gehört, daß der Arbeiter nur in den Wirtschaften verkehrt, in denen sein Parteiorgan ausliegt, nur in Geschäften kauft, die in seinem Parteiblatt inserieren, und daß jedes Buch in der sozialdemokratischen Buchhandlung gekauft wird. Unser Schrifttum ist unsere schärfste Waffe — lernen wir, sie zu führen!

## Kassenbericht für das Kalenderjahr 1924

### Einnahmen:

Gesamtbestand am 1. Januar 1924	M	3 554,97
Aufnahmegelder für 1803	M	731,00
550 989 Männermarken	M	76 942,12
114 222 Frauenmarken	M	5 994,02
10 204 internationale Marken	M	1 252,80
Sammellisten	M	4 405,57
Zuschuß P. B.	M	10 065,96
Darlehn	M	25 037,94
Sonstige Einnahmen	M	58 813,54

Gesamteinnahmen: M 186 797,92

### Ausgaben:

Wahlen	M	66 415,29
Agitation	M	39 812,06
Verwaltung	M	32 180,82
Strafen und Prozeßkosten	M	632,40
Beiträge an den Parteivorstand	M	24 914,58
Sonstige Ausgaben	M	12 128,17
Kassenbestand am 31. Dezember 1924	M	10 714,60

Gesamtausgaben: M 186 797,92

Köln, den 21. Januar 1925.

Der Kassierer: E. Leberberg.

Für die Revisoren: Peter Eschweiler, Anton Schöfler,  
Albert Kreibohm.



## Kassenbericht für das Kalenderjahr 1925

### Einnahmen:

Kassenbestand am 1. Januar 1925 . . . . .	M	10 714,60
Aufnahmegelder für 1816 . . . . .	M	1 218,45
563 303 Männermarken . . . . .	M	98 594,00
115 562 Frauenmarken . . . . .	M	10 390,40
31 717 internationale Marken . . . . .	M	4 314,15
Sammellisten . . . . .	M	4 651,16
Zuschuß Parteivorstand . . . . .	M	13 000,00
Sonstige Einnahmen . . . . .	M	54 037,88

Gesamteinnahmen: M 196 920,64

### Ausgaben:

Wahlen . . . . .	M	15 558,61
Agitation . . . . .	M	63 842,79
Verwaltung . . . . .	M	50 217,02
Strafen und Prozeßkosten . . . . .	M	698,38
Sonstige Ausgaben . . . . .	M	47 033,72
Beiträge an den Parteivorstand . . . . .	M	13 767,90
Kassenbestand am 31. Dezember 1925 . . . . .	M	5 802,22

Gesamtausgaben: M 196 920,64

Röln, den 15. März 1926.

Der Kassierer: G. Leberberg.

Für die Revisoren: Peter Eschweiler, Anton Schöfler,  
Albert Kreibohm.

## Schlußbemerkungen

Der vorstehende Bericht über zwei Jahre der Arbeit und des Kampfes legt Zeugnis ab von der Lebendigkeit und kraftvollen Frische der Sozialdemokratischen Partei in unserm Bezirk. Mit ungebrochenem Mut hat die Partei gestanden in den Tagen wirtschaftlicher Not, verblendeten Terrors und harter Schläge. Vorwärts war die Parole, und vorwärts sind wir geschritten. Der Weg war hart, er wird weiter hart sein. Wir werden weiter zu kämpfen haben um Herz und Hirn der großen noch abseitsstehenden Masse, zu kämpfen um den Einfluß und die Macht, die uns gebührt, zu kämpfen gegen offene und versteckte Gegner von links und rechts. Um innere und äußere Freiheit geht unser Kampf. Noch sind große Teile unfres Bezirks besetzt. Nach Locarno verlangen wir die Räumung. Wir fordern die Befreiung des Saargebiets.

Wir arbeiten und wirken für das große Ziel, dem sich alle andern unterzuordnen haben, für den Sozialismus! Wir können diesen Kampf am erfolgreichsten führen in der demokratischen Republik. Darum treten wir ein für die Republik, darum schützen wir die Verfassung, an der unsere Besten mitgearbeitet haben. Der Heidelberger Parteitag hat der Partei ein neues Programm gegeben. Es wird uns Führer und Leitstern sein in den Stürmen, die uns umbranden.

Wir fürchten den Kampf nicht, er ist unser Lebenselement. Mit offenen Augen gehen wir den neuen Kämpfen entgegen, mögen sie um wirtschaftliche Fragen oder um politische Rechte geführt werden. Sie sind Etappen auf dem Wege zu unserm Ziel. Indem wir die Republik mit demokratischem Geist durchdringen und sie mit sozialem Inhalt erfüllen, schreiten wir unserm Ziele zu: Vom Boden der demokratischen Republik aus das Reich und die Menschheit für den Sozialismus zu erobern.

## Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

### Der Bezirksvorstand:

J. Meerfeld, Börgiebel, Berthold, Beyer,  
Böckler, Haack, Hirsch, Hölken, Kirschmann,  
Kurth, Leberberg, Merten, Riedmiller,  
Runowski, Schröder, Miß.

# Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages für die  
„Obere Rheinprovinz“,  
abgehalten in Koblenz am 29. und 30. Mai 1926.

## 1. Verhandlungstag.

Der Parteitag trat im Nordsaal der Städtischen Festhalle am 29. Mai zusammen. Der Saal und die Festhalle sind geschmückt. Leuchtendes Rot neben Schwarzrotgold umrahmen im Saal ein Bild unfres unvergesslichen August Bebel. Von den Emporen grüßen die Fahnen des Reiches und der Stadt Koblenz.

Um 4¼ Uhr tritt der Vorsitzende der Unterbezirks-Organisation und 2. Vorsitzende des Ortsvereins Koblenz, Genosse Peter Rosenzweig, an das Rednerpult und begrüßte den Parteitag im Namen des Ortsvereins Koblenz mit herzlichen Worten. Der Parteitag soll praktische Arbeit leisten. Die Delegierten werden mit Verantwortungsbewußtsein der Partei gegenüber bemüht sein, dem von den Genossen in sie gesetzten Vertrauen gerecht zu werden.

Gen. Pikard gab dem Willkommensgruß der Genossen im Unterbezirk Koblenz Ausdruck. Auch in unserm schwarzen Bezirk macht die Sozialdemokratie erfreuliche Fortschritte. Die Arbeit ist schwer. Aber die Organisationen und die Presse stehen gefestigt da. Auf diesen Pfeilern errichten wir den Bau, der in der Zukunft Ausdruck unsrer Bewegung und Ziele sein soll. Der Redner schildert den siegreichen Vormarsch der SPD. im Wahlkreis Koblenz-Trier an Hand der Stimmresultate der letzten Abstimmungskämpfe, die zugleich den unaufhaltsamen Rückgang der Kommunisten erkennen lassen. Wir dürfen hoffen, daß der Volksentscheid am 20. Juni eine ganz erhebliche Zunahme der in unserm Sinne abgegebenen Stimmen erbringen wird. Der Unterbezirk Koblenz sah 1891 und 1905 bereits sozialdemokratische Parteitage. Wir als die Erben der Ideale der vor uns dahingegangenen Kämpfer werden an Opferwilligkeit und Siegeszuversicht nicht zurückstehen. Der Parteitag möge helfen, neue Waffen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu schmieden.

### Genosse Dr. Meerfeld

eröffnet mit einem Dank an die Koblenzer Genossen den Parteitag. Die letzten vier Jahre haben die Partei vor ungeheure Aufgaben gestellt. Sie begannen mit der Inflation und brachten eine Welle des Kommunismus und Nationalismus. Auch in der Außenpolitik überstürzten sich oft die Ereignisse, aber sie brachten einen völligen Sieg

sozialdemokratischer Außenpolitik. Der Redner weist dann auf die großen Entscheidungen hin, die in der nächsten Zeit in der deutschen Innenpolitik fallen. Besonders scharf stellt er die große Auseinandersetzung am 20. Juni und die Rutschpläne der Rechtsparteien heraus. Er begrüßt die Räumung der Kölner Zone, verlangt aber, daß endlich auch die übrigen rheinischen Gebiete von der fremden Militärmacht frei werden. Koblenz sei ein Brennpunkt der europäischen Außenpolitik. Gerade die rheinische Arbeiterschaft habe den hervorragendsten Anteil daran, daß Pläne zunichte wurden, die das Rheinland vom Reich trennen sollten. Der Parteitag trete unter politischen Sturmzeichen zusammen; er werde seine Arbeit leisten im Sinne der internationalen sozialistischen Idee, für die Befreiung der Arbeiterschaft und gegen den internationalen Kapitalismus.

## Die Konstituierung des Parteitages

erfolgt auf Vorschlag der Versammlung wie folgt: Als Vorsitzende fungieren die Genossen Jörgiebel (Köln) und Rosenzweig (Koblenz), als Schriftführer Wenner (Trier) und Dieben (Köln), als Beisitzer Fuchs (Herdorf) und Tiedermann (Saarbrücken).

Die Tagesordnung des Parteitages wird wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Bericht des Bezirksvorstandes.
  - a) Allgemeines. (Berichterstatter Konrad Miß.)
  - b) Kassenbericht. (Berichterstatter Ernst Leberberg.)
3. Bericht der Kassenprüfer.
4. Die Sozialdemokratie und die Zukunft Europas.  
Redner: Otto Weis, MdR., Berlin.
5. Die neuen Gemeindeverfassungsgesetze in Preußen.  
Redner: Beigeordneter August Haas, MdL., Köln.
6. Beschlußfassung über Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt werden.
7. Wahl des Bezirksvorstandes und Bestimmung des Ortes, wo der Bezirksvorstand seinen Sitz haben soll.
8. Wahl des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Genosse Jörgiebel (Köln) begrüßte die erschienenen Gäste: Oberbürgermeister Dr. Russell als Vertreter der Stadt Koblenz, Ministerialrat Bauknecht vom preußischen Ministerium des Innern, Oberregierungsrat Proffitt vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete, den Genossen Otto Weis als Vertreter des Parteivorstandes, die Genossen Köhle und Daemich als Vertreter des Frankfurter Bezirks und andre. Von einer Reihe weiterer Persönlichkeiten und Korporationen liegen Begrüßungsadressen vor.

### Oberbürgermeister Dr. Russell

dankte für die Einladung und begrüßte die Vertreter der SPD. in den Mauern der Stadt Koblenz. Er wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. Koblenz hat sich seit den Zeiten der frühern Parteitage verändert. Auch vom 100jährigen Geburtstag Görres' 1876 nahm anlässlich des damals tobenden Kulturkampfes die offizielle

Welt keine Notiz. Heute rüstet die ganze Welt zur Götterfeier. So hat auch die Sozialdemokratie, deren Arbeit in der Öffentlichkeit und für die Allgemeinheit ich rühmlich hervorheben kann, sich durchgesetzt zur achtungsgebietenden Partei. Die Umstellung der Stadt Koblenz von der Militär- und Rentnerstadt auf die neuzeitlichen Verhältnisse ist schwierig. Die SPD-Vertreter haben in opfervollem Bemühen daran mitgearbeitet. Ich habe das Vertrauen, daß die gemeinsame Arbeit zum guten Ziele führt. Besondere Anerkennung verdient die Unterstützung, die wir aus der SPD, anlässlich des Ruhrkampfes und der Abwehr gegen die Separatistendemühungen erhielten. Mit Dank erinnern wir uns der Männer, die in Gefängnissen und in der Verbannung schwere Leiden für ihre Ueberzeugungstreue auf sich nahmen, sie verdienen den Ehrenbürgerbrief unserer Stadt. Wir bitten als Kommunalbeamte um die vertrauensvolle Mitarbeit der SPD-Vertreter zum Besten der Allgemeinheit. Koblenz bietet an Schönheiten viel. Halten Sie unsere Stadt in gutem Gedanken!

Genosse B ö r g i e b e l gedenkt, während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, der Toten aus der Zeit seit dem letzten Parteitag. Obenan steht uns Genosse F r i e d r i c h E b e r t, der erste Präsident der Deutschen Republik, ferner schieben von uns die Genossen Fritz Drouwe und J. Zehetmair (Wirkenfeld), die stets in erster Linie kämpften. Ihr und aller Mitstreiter für die Ideale der SPD. werden wir stets ehrend gedenken.

Die Geschäftsordnung der frühern Parteitage sowie die veröffentlichte vorläufige Tagesordnung werden genehmigt.

\*

## Den Geschäfts- und Kassenbericht

erstattet Genosse M i s s. Er verweist auf den schriftlich vorliegenden Bericht, der die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Fragen streift. Der Bericht gebe ein anschauliches Bild über die Vielgestaltigkeit der Aufgaben, vor die die Organisation gestellt sei und die von der Leitung erfüllt werden müssen. Redner fährt dann fort:

Die hinter uns liegenden Berichtsjahre wiesen  
eine Häufung von Kämpfen

auf, wie wir sie nie vorher erlebt haben. Ruhrkampf, Inflation und Separatistenzeit warfen ihre Schatten in die erste Zeit der Berichtsperiode. Schwer lastete der Friedensvertrag auf dem deutschen Volke. Seine Hauptlast trug das Rheinland. Um Deutschlands Einheit und Freiheit zu retten, trug das rheinische Volk harte Zeiten und schwere Opfer. Trotz aller Anfechtungen und Lockungen hat das rheinische Volk in jeder Stunde treu zu Preußen und dem Reich gestanden. Die Sozialdemokratische Partei hat im Kampfe für die deutsche Einheit immer an der Spitze gefochten. Wenn es heute keine Rheinlandfrage im eigentlichen Sinne des Wortes mehr gibt, dann ist dies im wesentlichen das Verdienst unsrer Partei.

In meinem Bericht auf dem vorigen Bezirksparteitag habe ich gesagt, daß der Agitation das belebende Element der Wahlkämpfe gefehlt

habe. In den beiden letzten Jahren war es umgekehrt. Die Organisation ist kaum zur Ruhe gekommen. Die ununterbrochenen schweren Kämpfe stellten höchste Anforderungen an die agitatorische, organisatorische und finanzielle Kraft der Partei. Das Jahr 1924 brachte uns zwei Reichstagswahlkämpfe. Der im Juni 1920 gewählte Reichstag wurde kurz vor seinem natürlichen Ende aufgelöst. Unsere Parteilinie ging unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen in den Wahlkampf. Hinter uns lag der Ruhrkampf mit seinen demoralisierenden Begleitererscheinungen. Die Organisation war teilweise geschwächt. In großen Gebieten war sie fast völlig vernichtet. Wir durchlebten die Härten der Stabilisierung. Die Gegner spielten das Ermüchtigungsspiel, das damals notwendig war, um die Stabilisierung der Währung nicht zu gefährden, gegen uns aus. Das Gesetz wurde mit brutaler Härte einseitig gegen die Arbeiterschaft angewandt. Unter dem Vorwand, der Aufstieg der Volkswirtschaft und der Festigung der Währung erforderten das, betrieb man

rücksichtslosen Lohn- und Personalabbau und verlängerte man die Arbeitszeit.

Dadurch wurde eine ungeheure Erbitterung in den Arbeitermassen ausgelöst. Diese Erbitterung trat im Wahlergebnis in die Erscheinung. Die Wahl war am 4. Mai. Sie brachte einen großen Fortschritt der Kommunisten, die uns im Wahlkreis Köln-Nachen an Stimmzahl überholten. Wir verloren hier ein Reichstagsmandat. Der Genosse S o l l m a n n wurde wiedergewählt, der Genosse M e e r f e l d hatte auf eine Wiederwahl verzichtet. Auch an dieser Stelle sei dem Genossen Meerfeld für seine treue und aufopferungsvolle Arbeit, die er als Vertreter des Wahlkreises Köln-Nachen im Reichstag wie in der Nationalversammlung geleistet hat, der Dank der Organisation ausgesprochen.

Im Wahlkreis Koblenz-Trier hielten wir das eine, bisher innegehabte Mandat. Der Niederlage folgte sofort die Sammlung der Kräfte für neue Kämpfe. Die Kräfteverteilung im neuen Reichstag ließ auf baldige Neuwahl schließen. Die Haltung der extremen Parteien im Reichstag hatte zur Folge, daß alsbald im Volke eine große Ernüchterung eintrat. Die am 20. Oktober 1924 erfolgte Reichstagsauflösung wurde allgemein freudig begrüßt. Am 7. Dezember war Neuwahl. Die Ursachen unsrer Niederlage vom Mai waren erst teilweise gewichen, aber die Parteigenossen führten den Kampf mit Feuerifer. Sein Ausgang zeigte, daß es möglich ist, die Volksmassen unter dem Druck der Not und Verzweiflung vorübergehend zu verwirren, aber nicht, sie dauernd zu düpiieren. Unsere Partei gewann im Bezirk rund 60 000 Stimmen, die die Kommunisten verloren. Das zweite Mandat in Köln-Nachen gewannen wir wieder. Unsere Mandatzahl im Reichstag stieg von 100 auf 131. Trotzdem sind die Mehrheitsverhältnisse auch jetzt noch sehr ungünstig. Eine der letzten größten Amtshandlungen unsres Genossen Ebert als Reichspräsident war die Ernennung des Ministeriums Dr. Luther, Schiele, Schlieben.

Der Tod Eberts

machte eine vorzeitige Reichspräsidentenwahl notwendig. Diese Wahl zeigte wie auch die übrigen Wahlkämpfe die innere Zerrissenheit des

deutschen Volkes. Bei den Parlamentswahlen konnte man die Kandidatenlisten nach Duzenden zählen. Um das Amt des Reichspräsidenten traten sieben Bewerber auf den Plan. Im ersten Wahlgang ging das Hauptringen zwischen unserm Genossen Braun und dem Kandidaten des Reichsblocks, Dr. Jarres. Auf Genossen Braun entfielen 8, auf Jarres 11. Millionen Stimmen. Kein Kandidat erreichte eine Mehrheit. An Stelle Jarres' trat Hindenburg als Kandidat, während die republikanischen Parteien für Marx als Volksblockkandidat eintraten. Die Parole für Marx fand durchaus nicht ungeteilte Begeisterung in unsern Reihen. Wenn trotzdem in unserm Bezirk die Parole fast restlos befolgt wurde, so haben unsre Genossen und Wähler damit den Beweis hoher staatspolitischer Reife erbracht. Wenn Hindenburg trotzdem Reichspräsident wurde, dann nur infolge der unsinnigen Parole der RPD., die an der Kandidatur Thämann festhielt.

Zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 wurden die Preussischen Landtagswahlen getätigt. Der Ausfall wies im wesentlichen das gleiche Bild auf wie die Reichstagswahl. In Köln-Nachen hielten wir die Mandatszahl. An Stelle des Genossen Ertes wurde hier der Genosse Philipp Fries gewählt. Auch dem Genossen Ertes sei der Dank der Organisation für seine eifrige Mitarbeit im Parlament zum Ausdruck gebracht.

In Koblenz-Trier verloren wir das zweite Landtagsmandat. Erst kürzlich wurde vom Wahlprüfungsgericht festgestellt, daß im Wahlkreis Köln-Nachen ein viertes Mandat auf unsre Partei entfällt. Sobald im Landtag die formalen Voraussetzungen erfüllt sind, wird unser Genosse Marx (Bonn) als Landtagsabgeordneter berufen werden.

Die Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen, die zusammen mit der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 stattfanden, zeigten dasselbe ungünstige Bild wie diese. Die aus jener Wahl hervorgegangene Mandatsverteilung in den Kommunalvertretungen entspricht in keiner Weise mehr dem Stärkeverhältnis der Parteien. Immer dringender wird der Ruf nach baldiger Verabschiedung der Gemeindeverfassungsgesetze durch den Preussischen Landtag, damit für eine Neuwahl der Kommunalvertretungen die Grundlage geschaffen wird.

Die Provinziallandtagswahlen fielen in den Herbst 1925. Leider bringt die Bevölkerung und auch die Arbeiterchaft diesen Wahlen bitter wenig Interesse entgegen. Und doch sind die Arbeiter auch dieses Parlaments und seine Aufgaben für die arbeitende Bevölkerung von größter Bedeutung. Das gleiche gilt für die Kreis- und Landtagswahlen. Wir müssen mit größtem Nachdruck die kommunalpolitische Aufklärungs- und Schulungsarbeit betreiben.

Im Saargebiet wurde am 27. Januar 1924 die Landesratswahl getätigt. Von 30 Mandaten erhielten wir 6. Die Oldenburgischen Landtagswahlen waren am 24. Mai 1925. Sie fanden unter sehr ungünstigen Voraussetzungen statt. Kurz vorher hatten wir Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen. Die Wahlmüdigkeit war fast unüberwindlich, die Wahlflaute sehr groß. Von 11 932 ab-

gegebenen Stimmen erhielt die SPD. 2571, die RPD. 376. Das bis dahin von Genossen Zehetmair innegehabte Mandat ging verloren.

Am 25. Oktober 1925 war die Landesausschuhwahl in Birkenfeld. Kirchturnspolitik war, wie vielfach in kleinen Bezirken, Trumpf.

Selbst aus den kleinsten Orten zierten Namen die Kandidatenlisten der bürgerlichen Parteien. Hingru kam, daß der frühere Genosse Julius Forster in Birkenfeld mit einer eignen Liste auftrat. Die Liste Forster fiel aus, wir hielten unsre 6 Mandate. Gleichzeitig mit den Landesausschuhwahlen hatte Birkenfeld Gemeinderatswahlen. Dabei zeigte sich, daß viele Genossen, die gegen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien wüthen, um vermeintlichen Stimmenganges wegen, den Bürgerlichen und den Indifferenten übertriebenes Entgegenkommen zeigen. Wir konnten nur in zwei Orten — Oberstein und Idar — eigne Kandidatenlisten aufstellen. In Oberstein eroberten wir von 24 Mandaten 12, in Idar von 18 Mandaten 6.

Alle diese Kämpfe gaben der Bewegung mächtigen Impuls.

Sie wurde aber gelähmt durch die große wirtschaftliche Not. Die Veranstaltungen wie Maifeiern, Antikriegstage, Verfassungsfeiern und Sozialistentage, wiesen durchweg sehr gute Beteiligung und ungebrochene Kampfstimmung auf. Was von unserm Standpunkte über das Reichsbanner Schwarzrotgold zu sagen ist, ist im schriftlichen Bericht gesagt worden. Wir stellen nur fest, daß das schwarzrotgoldene Banner die Sturmflagge der jungen Republik ist und daß wir nicht daran denken, diese Farben gegen irgendeine noch so bunte Einheitsflagge zu vertauschen. Schwarzrotgold zu allen Massen und auf allen Meeren. Das ist unsre Forderung, und damit ist die Flaggenfrage gelöst. Parteigenossen, die auf sogenannten Arbeiter- oder Einheitslisten gewählt sind, sehen wir als sozialdemokratische Gemeindevertreter nicht an. Es muß ganz energisch mit dem Unfug dieser Mischmaschlisten aufgeräumt werden. Wir werden es uns in der kommenden Zeit noch mehr als bisher angelegen sein lassen, kommunalpolitisches Wissen zu verbreiten und unsre Genossen zu praktischen Arbeitern und Kämpfern in den Kommunen zu erziehen. Ein vorzügliches Mittel dazu sind die kommunalpolitischen Vereinigungen, deren Aufbau und Ausbau eine der dringendsten Aufgaben ist. Wir haben in der kürzlich neu geschaffenen kommunalpolitischen Beilage unsrer Tagespresse ein weiteres Hilfsmittel zur Heranbildung unsrer Kommunalpolitiker geschaffen.

In enger Verbindung mit Kommunalpolitik steht  
die Arbeiterwohlfahrt.

Dieser jüngste Zweig unsrer Bewegung hat in wenigen Jahren einen ungeahnten Aufschwung genommen. Tausende Helferinnen und Helfer stehen im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt im Dienste der notleidenden Menschheit. Dabei stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung dieser Organisation. Die Tagungen der Arbeiterwohlfahrt in Köln in der Berichtszeit waren ein Beweis für den hohen sittlichen Inhalt dieser Bewegung. Es ist nicht möglich, die vollbrachten Leistungen zahlenmäßig zu erfassen, weil dazu die Unterlagen fehlen. Obwohl auch hier die wirtschaftlichen Notstände einen rascheren Fort-

schritt hemmen, können wir schon heute auf 42 Orts- bzw. Kreis- auschüsse blicken, die auf weit über 100 000 korporativ angeschlossene und Einzelmitglieder zählen. In einer Reihe Orten konnten Jugendheime und sonstige Einrichtungen geschaffen werden. Vorbildlich sind die Einrichtungen, die der Kölner Ortsauschuß geschaffen hat. Engeres Zusammenarbeiten unserer Kommunalvertreter mit den Ausschüssen der Arbeiterwohlfahrt ist notwendig und wird fruchtbar sein.

Dem Organisationsaufbau mußten nach dem Ruhrkampf alle Kräfte gewidmet werden. Die Zahl der Ortsvereine war bis auf einen kleinen Rest zusammengeschmolzen. In den Regierungsbezirken Trier und Koblenz waren nur wenige festgefügte Ortsvereine vorhanden. Nach der Rückkehr der ausgewiesenen Sekretäre und Redakteure, bzw. nach Wiederbesetzung der Stellen wurde der Wiederaufbau in Angriff genommen. Zugleich erfolgte Umstellung der Verwaltung auf der Grundlage des Weimarer Organisationsstatuts. Das System der zentralen Abrechnung, das im ganzen Bezirk mit Ausnahme des Saargebiets durchgeführt ist, hat sich gut bewährt. Trotz des schweren wirtschaftlichen Druckes ging der Aufbau Dank der opferfreudigen Mitarbeit unserer Genossinnen und Genossen in Stadt und Land rüstig voran. Allen, die geholfen haben in schwerer Zeit das Organisationsgefüge zu erhalten, nach den schweren Stürmen die Schäden wieder auszubessern, und die weder Opfer noch Mühe scheuten, um die Bewegung voranzubringen, sei auch an dieser Stelle der Dank der Partei ausgesprochen.

Ein wertvolles Hilfsmittel in der Organisation wie in den Wahlkämpfen sind

#### die Agitationsauschüsse,

die leider noch längst nicht überall durchgeführt sind. Das gleiche gilt von den Betriebsfrauenleuten in den industriellen Orten. Hier sind noch organisatorische Zukunftsaufgaben zu erfüllen. Die Zahl der Aufnahmen, die aus dem schriftlichen Rassenbericht zu ersehen ist, ist viel zu gering. Bei gutem Willen und dem nötigen Eifer ist eine wesentliche Steigerung möglich. Die Beitragskostierung ist immer noch ein Schmerzenskind. Die Kassierer als Seele der Organisation müssen mit noch mehr Intensität und Nachdruck auf dem Posten sein. Dabei wird keineswegs verkannt, daß in Notzeiten die Kassierer das schwerste Amt in der Organisation haben. Unregelmäßige Kassierung hemmt den Gang des geschäftlichen Apparates und erschwert und verteuert ihn. Das Arbeiten in der Organisation war im allgemeinen gut. Hier und da aufgetretene Meinungsverschiedenheiten konnten leicht überbrückt werden.

Was in der Agitation geleistet wurde, zeigt der schriftliche Bericht. Die wenigen dort angegebenen Zahlen geben ein anschauliches Bild von der geleisteten Arbeit. Wenn die zahlenmäßigen Erfolge der Agitation der aufgewandten Arbeit nicht entsprachen, so ist das auf die große wirtschaftliche Not, unter der die arbeitende Bevölkerung leidet, zurückzuführen. Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten, die am Beginn der Berichtszeit sehr stark waren, heute kaum noch in die Erscheinung treten. Die Wirtschaftsnot und das Erwerbslosenehend ermöglichen es ihnen noch, eine bescheidene Rolle zu spielen. Wenn alle unsere Genossen die gleiche Aktivität entwickelten, die wir

bei dem kleinen Häufchen der Kommunisten immer wieder finden, dann wäre jene Bewegung längst abgetan. Wie die kommunistische Bewegung von den Genossen im Lande eingeschätzt wird, beweist die Tatsache, daß heute kaum noch Forderungen auf Zusammengehen mit den Kommunisten trotz deren Einheitsfrontparolen an uns kommen.

#### Die Jugendbewegung

konnte im Bezirk gefestigt werden. Wir gründeten das Jugendbezirkssekretariat. Die Errichtung von Jugendheimen an mehreren Orten erleichterte die Zusammenfassung der Jugendlichen und die Lösung der Lokalfrage. Leider findet die Jugendbewegung in den Kreisen der älteren Genossen noch immer nicht die Beachtung, die sie verdient. Viele Arbeitereltern veräumen es, ihre Kinder der sozialistischen Arbeiterjugend zuzuführen. Wie wenig Interesse teilweise dem sozialistischen Erziehungsideal entgegengebracht wird, zeigt die geringe Beteiligung der sozialistischen Arbeiterschaft bei den Elternbeiratswahlen. Hier muß von den zuständigen Instanzen nach dem Rechten gesehen werden.

Die Jungsozialistengruppen erlitten durch das Auftreten der Nelsonbündler vorübergehend eine Erschütterung. Als dann der Parteivorstand zugriff und Ordnung schaffte, trat bald eine innere Festigung der Gruppen ein, die heute stärker sind als vor der Abspaltung der Nelsonbündler.

Zur Bildungsarbeit haben wir und die Genossen im Lande eine Menge Wünsche. Erfreulich ist, daß das Bildungstreben immer weitere Kreise erfaßt. Manches konnte getan werden, aber das Mögliche blieb immer weit hinter dem Wünschenswerten zurück. Immerhin kann das, was getan wurde, sich sehen lassen. Hier wie bei manchen andern Zweigen der Bewegung leiden wir unter dem Uebelstand einer mangelhaften Berichterstattung. Das muß besser werden. Neben einem großzügigen Bildungsprogramm und einem Programm für das politische Arbeiterseminar, die für das Jahr 1926 aufgestellt sind, arbeiten wir zurzeit an einer umfassenden Auffrischung unserer Bucharerei im ganzen Bezirk.

Eng angegliedert an die Bildungsarbeit und die Arbeiterwohlfahrt ist

#### unsre Frauenbewegung.

Sie ist eines der schwierigsten Probleme, die wir zu lösen haben, aber, wie die Abstimmung der Frauen bei den Wahlen zeigt, eines der wichtigsten. Die früheren Methoden der Frauenverbearbeit haben sich als unzulänglich erwiesen. Mit Frauenweltabenden und künstlerisch ausgestalteten Versammlungen haben wir gute Erfolge erzielt, die sich in der Zukunft auswirken werden. Proletarische Kunst und Literatur, proletarisches Denken und Geistesstreben werden den Frauen in leicht faßlicher Form nahegebracht.

Redner geht dann kurz auf die Lehrer- und Beamtenbewegung ein. Er bespricht im Zusammenhang damit die Mitgleiderbewegung der letzten Jahre und die Entwicklung der Parteipresse im Bezirk. Auch hier müsse festgestellt werden, daß eine sehr große Anzahl sowohl der politisch als auch der gewerkschaftlich or-

ganifesten Arbeiter, Angestellten und Beamten ihrer selbstverständlichen Pflicht, eine sozialdemokratische Zeitung zu halten, nicht nachkommen. Wenn es uns auch möglich war, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sehr vielen Unternehmungen und auch Zeitungsbetrieben das Leben kosteten, alle Blätter aufrecht zu erhalten, Blätter und Betriebe noch auszubauen und neue Kopfblätter zu schaffen, dann kann man auf diese Leistung stolz sein. Was hätten wir erst alles schaffen können, wenn die ihrer sozialen Lage nach zu uns gehörenden Volksschichten ihrer proletarischen Pflicht nachgekommen wären! Wenn alle Leser unserer Zeitungen wären, alle unsere Blätter mit Inseraten unterstützt und nur bei den Inserenten unserer Blätter gekauft hätten! Dann wäre unsere Presse eine wirkliche Großmacht, die der Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung entspricht. Nach der Richtung haben wir noch eine riesengroße Agitations- und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Parteibüchereien und alle Genossen müssen wir hinweisen auf den vom Parteivorstand ins Leben gerufenen „Bücherkreis“. Hier ist jedem Gelegenheit geboten, für geringes Geld sich eine wirklich gute Bücherei zuzulegen.

### Zum Kassenbericht

führte Redner als Stellvertreter des Genossen Lederberg (Köln), der aufs Wort verzichtete, folgendes zur Erläuterung aus: Die wirtschaftliche Not, mit der großen Erwerbslosigkeit im Gefolge, wirkte sich naturgemäß in den Klassenverhältnissen einer Arbeiterorganisation besonders stark aus. Die Erwerbslosigkeit war im besetzten Gebiet andauernd höher als im unbefetzten Gebiet. Von der geringen Erwerbslosenunterstützung können nur sehr wenige noch ein Scherflein für die Organisation opfern. All diesen Genossen, die nach vielen Tausenden zählen, müssen wir beitragsfreie Marken kleben. Dadurch werden die Einnahmen empfindlich heruntergedrückt, während andererseits die ununterbrochenen Wahlkämpfe sehr hohe finanzielle Anforderungen an die Organisation stellten. Nachdem im Jahre 1924 der Wiederaufbau der Organisation teilweise durchgeführt war, konnten wir im 1. Quartal 1925 92, im 2. Quartal 103, im 3. und 4. Quartal je 195 Ortsvereine im Bezirk ohne das Saargebiet buchen. Zurzeit haben wir einschließlich Saargebiet einen Bestand von 306 Ortsvereinen. — Die Zahl von

### 3600 Neuaufnahmen

in den beiden Berichtsjahren befriedigt uns nicht. Wenn wir auch die Schwierigkeiten würdigen, die einer erfolgreichen Werbearbeit entgegenstehen, so muß doch gesagt werden, daß bedeutend mehr hätte erreicht werden können. Weiter läßt das Einholen der Beiträge und die Abrechnungsweise vieler Ortsvereine noch manches zu wünschen übrig. Wenn die Beitragsleistung infolge der wirtschaftlichen Not hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb, so kann andererseits erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Leistung freiwilliger Beiträge erheblich zugenommen hat. Auf diese Weise sind uns namhafte Mittel zugeflossen, die es uns ermöglicht haben, alle die großen und schweren Aufgaben, vor die wir gestellt waren, zu erfüllen. Daneben muß versucht werden, durch Sammlungen, Ver-

kauf von Literatur und auf sonst geeignete Weise Geld hereinzubringen. Denn es stehen uns auch jetzt noch harte und schwere Kämpfe bevor, die wieder große Summen verschlingen werden. Daß auch heute noch erfolgreiche Sammlungen möglich sind, hat uns die Erfahrung beim Volksbegehren bewiesen, wo in Stadt und Land namhafte Summen aufgebracht worden sind. Als Partei, die auf die laufenden Einnahmen aus festen Beiträgen angewiesen ist, müssen wir immer wieder an die Opferwilligkeit unserer Freunde appellieren, und sie werden, wie bisher, so auch in der Zukunft auf dem Posten sein.

Genosse Miß schloß: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir haben rückschauend zwei Jahre, ausgefüllt mit Kampf und Arbeit, an uns vorübergehen lassen. Wie draußen Sonnenschein und Regen abwechseln, so in unsern Kämpfen Sieg und Rückschlag. Aber kein Rückschlag kann uns entmutigen, im Gegenteil, er ist immer Anlaß zu neuer Selbstprüfung, zu neuer innerer Stärkung und Festigung der Organisation. Trotz harter Kämpfe sind nicht alle Wünsche erfüllt, nicht alle Ziele erreicht. Trotzdem schreiten wir mutvoll voran, der Zukunft entgegen. Auch sie wird von Kampfgetümmel erfüllt sein.

### Parlamentsauflösungen sind wahrscheinlich, der Volksentscheid steht vor uns.

Er wird die schwerste Aufgabe und die größte politische Kraftanstrengung sein, die wir je als Partei zu vollbringen hatten. Von seinem Ausfall wird im wesentlichen die zukünftige politische Gestaltung der Dinge abhängen. In diesem Kampfe werden, wie die Erfahrung beim Volksbegehren gezeigt, große Massen mit uns gehen, die sonst im andern Lager stehen. In dieser Frage empfinden sie gefühlsmäßig ihre soziale Verbundenheit mit uns. Der Volksentscheidskampf wird über die Fürstenabfindung hinaus ein Kampf um Demokratie, Republik und Verfassung werden. Unsere Partei wird in diesem Kampf, der mit einem Siege des Volkes enden muß, die Führung haben. Sicherung und Ausbau der Republik, Schutz der Verfassung und der Demokratie, Sicherung einer menschenwürdigen Lebenshaltung für alle Volksgenossen, Stärkung unserer Organisation als unserer schneidigen Waffe um Erreichung unserer Ziele und der Abwehr der Angriffe aller Gegner ist nächste und vornehmste Aufgabe. Ihr werden wir alle Kraft widmen, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft. Zu diesem Kampfe die Banner empor, ran an den Feind!

### Der zweite Tag

beginnt mit der Aussprache über die Berichte des Bezirksvorstandes. Vorher begrüßt der Vorsitzende den Genossen Landesrat Paul Gerlach als Vertreter des Bezirks Niederrhein.

Hoffmann (Saarbrücken) spricht über die besondern Verhältnisse, unter denen die Bevölkerung im Saargebiet zu leiden hat. Löhne und Sozialrenten seien durch die Frankeninflation außerordentlich niedrig. Die Saarbevölkerung habe den dringenden

Wunsch, wieder in den Verwaltungsbereich des Reiches überzugehen. Hoffmann spricht weiter den Wunsch aus, daß die Genossen im Reich und vor allem in unserm Bezirk die Parteigenossen im Saargebiet nach besten Kräften unterstützen mögen. Endlich verlangt er die Unterstützung der Saarbevölkerung durch die Reichsregierung. Das werde leichter sein, wenn Deutschland sehr bald in den Völkerbund einträte.

Pickard (Koblenz) begründet zwei Anträge des Ortsvereins Mayen auf Wiedereinführung des vor dem Kriege alljährlich herausgegebenen Agitationskalenders und auf Anstellung einer Bezirkssekretärin. Der Kalender solle entsprechend der besondern Verhältnisse im Rheinland ausgestattet werden.

Zur Begründung des zweiten Antrages weist Pickard hin auf die außerordentlich intensive Agitationsarbeit des Zentrums bei den Wählerinnen, der ein Gegengewicht entgegengesetzt werden müsse. Er bittet den Parteivorstand dringend um Berücksichtigung des Antrags.

Dolle (Wendorf) gibt eine kurze Begründung eines Antrages des Kreises Neuwied, nach dem alle in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kriegsbeschädigten verpflichtet sind, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

Zimmer (Saarrevier) verlangt ebenfalls, daß sich der Parteivorstand in Berlin bei der Regierung dafür einsetzt, daß die verschiedene Behandlung der Bergbaubeamten im Saargebiet, für die man genug Unterstützungsmittel habe, und der Bergarbeiter, für die nie Geld da sei, abgestellt wird.

Wenner (Trier) begründet einen Antrag, auch die in der SPD organisierten Beamten zu verpflichten, den freien Gewerkschaften, also dem ADG, beizutreten.

Dr. Grein (Saargebiet) wünscht, daß bestimmten Gefühlsmomenten der Massen in der Agitation besser als bisher Rechnung getragen werde. Er verlangt eine mehr grundsätzliche als taktische Politik der Partei, vor allem bei kulturpolitischen Entscheidungen. Weiter wendet er sich gegen die Todesstrafe. Im Kampfe gegen rechts müsse die Partei ihre Aufmerksamkeit vor allem den Krieger- und Militärvereinen widmen; dagegen wünscht der Redner, den Kommunisten gegenüber eine weniger scharfe Kampfstellung einzunehmen.

Mössinger (Aachen) wirft dem Bezirksvorstand vor, daß er die Grenzgebiete vernachlässige. Vor allem will er bessere Unterstützung durch namhafte Redner; auch eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Parteivorstand sei dringend notwendig. Mössinger wendet sich gegen die These seines Vorredners über den Kampf gegen die Kommunisten. Je schärfer man sie anfasse, um so eher seien sie zu gewinnen. Jedes Entgegenkommen werde nur als Schwäche gedeutet. Man brauche den Kampf nicht gehässig zu führen, man müsse ihn aber mit aller Entschiedenheit durchführen.

Fuchs (Herdorf) begründet einen Antrag, der den Bezirksvorstand ersucht, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung“ für den Kreis Altkirchchen besser werde; dazu wird vor allem die Einrichtung einer Geschäftsstelle in Bezdorf verlangt.

Mühlbach (Engers) beschäftigt sich kurz mit dem bereits stizierten Antrag Neuwied über die Verpflichtung der Genossen zum Eintritt in die freien Gewerkschaften und begründet einen Antrag des Ortsvereins Trier, der auch für die parteigenösslichen Beamten diese Verpflichtung verlangt. Unbedingt notwendig sei hier, daß Klarheit geschaffen werde. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß Parteigenossen im Deutschen Beamtenbunde oder in der Hirsch-Dunderfchen Bewegung tätig seien.

Meerfeld (Köln) wendet sich gegen Dr. Grein. Wenn man die Partei zugrunde richten wolle, müsse man nach seinem Rezept arbeiten. Die Taktik, die von der Partei im Rheinlande seit langen Jahren dem Zentrum gegenüber angewendet werde, habe zu großen Erfolgen geführt. Wenn man der Reaktion einen großen Gefallen tun wolle, müsse man so reden wie Dr. Grein. Im Zentrum gebe es heute einen sehr starken linken Flügel, der religiös gefinnt, aber demokratisch sei. Dieser Teil dürfe nicht abgestoßen werden. Die Partei begrüßt die Mitarbeit der Akademiker, aber diese müßten sich in die Psyche der Arbeiterschaft einföhlen. Die Methoden im Kampfe gegen links seien auf jahrelangen Erfahrungen aufgebaut. Bezüglich der Einstellung der Partei in religiösen Fragen stellt Meerfeld scharf die außerordentlich wichtige Arbeit der religiösen Sozialisten in den Vordergrund und zeigt England als Beispiel.

Dieden (Jülich) hält die Anträge, die sich für eine Verpflichtung der Parteigenossen zur Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften aussprechen, für überflüssig. Man könne damit nur die Mitglieder, etwa bei den Beamten, die noch nicht Freigewerkschafter seien, abstoßen.

Gruber (Kreuznach) beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Miß (Köln) zieht in seinem Schlußwort aus der Tatsache, daß mit einer Ausnahme keine Kritik geübt worden sei, die Folgerung, daß zwischen Vorstand und Ortsvereinen eine sehr gute Zusammenarbeit geherrscht habe; er hoffe, daß dieser Zustand auch in Zukunft bestehen bleibe. Genosse Dr. Grein habe den Wunsch nach besserem Zusammenarbeiten des saarländischen und deutschen Geisteslebens. Es sei gerade die Gruppe um Dr. Grein gewesen, die das zeitweise verhindert habe. Mössinger solle einen Fall nachweisen, in dem der Bezirk Aachen angeforderte Redner nicht bekommen habe. Der Vorwurf der Vernachlässigung entbehre jeder Grundlage. Miß erläutert dann kurz die Stellungnahme von Bezirksauschuß und Vorstand zu den vorliegenden Anträgen und schließt mit einem Appell, alle Kraft auf die vor uns liegenden Aufgaben einzustellen. (Beifall.)

Es folgen Abstimmungen. Das Resultat geben wir am Schlusse des Protokolls.



# „Die Sozialdemokratie und die Zukunft Europas“

Genosse W e l s leitet seinen Vortrag durch eine kurze Skizzierung des Themas auf der Grundlage der Marxschen Entwicklungstheorie ein. Männer, die weit nach Marx geboren wurden und der sozialistischen Idee huldigen, Männer, wie H. G. W e l l s und M a c d o n a l d, die der Auffassung Ausdruck gegeben haben, daß die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung auch still über Nacht kommen werde, arbeiten trotzdem in ihren Ländern in der sozialistischen Bewegung, fördern sie

## durch die Erziehung des Proletariats,

um es reif zu machen für die Ergreifung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Wenn wir, die wir als deutsche Sozialisten einen Teilkampf im Kampfe um die Befreiung des Proletariats zu führen haben, den Blick unsern innerpolitischen Verhältnissen zuwenden, dann tun wir das in dem Bewußtsein, daß wir ein Glied im Kampfe des internationalen Proletariats sind. Wir tun es mit dem Gefühl der innern Befriedigung über die großen Erfolge, die die deutsche Sozialdemokratie in sechs Jahrzehnten ihres Kampfes erreicht hat. Die Erfolge sind wahrlich groß; ist doch der Staat, dem die deutsche Sozialdemokratie entsprang, verschwunden und eine andre Staatsform entstanden. Oft werden in unsern Diskussionen

## Vergleiche mit der Zeit vor 1914

gezogen, einer Zeit, in der wir als reine Oppositionspartei die Aufnahmestellung für alle Unzufriedenen waren, in der wir es unendlich bequem hatten in unsrer Kritik an allem, was uns gegenüberstand. Wir dürfen offen sagen: Damals waren wir in der Kritik stärker als in der positiven Leistung. Wir waren klein und schwach, wir zeigten den Massen ein großes Ideal und forderten sie auf, mit uns zu marschieren. Agitationsmaterial bot sich ja in Hülle und Fülle. Und dann kamen Krieg und Zusammenbruch. Die deutsche Reichsverfassung gab einem einzigen Manne das Recht, über Krieg und Frieden, über Leben und Tod von Millionen zu entscheiden, der Mann, der heute wieder den Kampf gegen die Republik durch die

## Aufreißung der Abfindungsfrage

führt. Der Zusammenbruch warf dem deutschen Volke Rechte in den Schoß, die in der Vergangenheit allein die Sozialdemokratie gefordert hatte.

Wir müssen uns fragen: Hat das deutsche Volk es verstanden, diese Rechte in dem Maße auszunützen, wie es möglich gewesen wäre? Und wir müssen mit einem schroffen „Nein!“ antworten.

Die Prüfung hat das Volk als ungenügend politisch vorbereitet und erzogen befunden. Die Republik in ihrer gegenwärtigen Form ist Angriffen von rechts und links ausgesetzt. Sie ist nicht unser Ideal.

Die Weimarer Verfassung ist nicht die, die die Sozialdemokratie dem deutschen Volke geben wollte. Politische Indifferenz des Volkes in allen seinen Kreisen brachte es zuwege, daß schon die Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit hatte und die Weimarer Verfassung Gegenstand eines Kompromisses werden mußte. Zurückzuführen ist das darauf, daß das Vertrauen in die Sozialdemokratie als einzige moralische Kraft dadurch geschwächt wurde, daß Teile der Arbeiterschaft

## den Spartakisten folgten,

der Demokratie den Kampf erklärten, den Kampf auf die Straße trugen und das Bürgertum erschreckten. Die Reaktion wurde aus Angst vor den Kommunisten geboren, und heute noch sind die Kommunisten die große Hoffnung der Reaktion. (Stürmischer Beifall.) Die Republik hat unter all den Unbilden des verlorenen Krieges zu leiden. Wir waren in der Sozialdemokratie verschiedener Auffassung darüber, ob wir die Liquidation des Krieges übernehmen sollten oder nicht.

Wenn wir die Regierung damals nicht übernommen hätten, wäre das Deutsche Reich in seiner jetzigen Einheit nicht mehr vorhanden.

Die Einheit des Reiches aufrechtzuerhalten, das deutsche Volk zur deutschen Nation zusammenzuschmieden, das war das Ziel unsrer Politik, und unsre große Erziehungsaufgabe ist es, aus dem deutschen Volke die deutschfühlende Nation zu machen, die schon Arndt und Fichte

## im großdeutschen Gedanken

vorschwebte. Die Reaktion ist gestützt auf den Gedanken der Kleinstaaterei, der aus der Untertanenseligkeit der vergangenen Zeit stammt. Wels erinnert dann kurz an die im Kampf um den Volksentscheid immer wieder zur Geltung kommende unumschränkte Macht der deutschen Fürsten über ihre Untertanen und fährt fort: All diese Dinge zeigen uns, wie wir in der Erziehung des deutschen Volkes zu arbeiten haben gegen all die Mängel der Vergangenheit. Es ist schwer, dies Werk zu vollbringen. Die Republik hat nicht den sozialen Inhalt erhalten, den wir ihr glaubten geben zu können. Die Träume der Sozialisierung haben sich nicht verwirklichen lassen. Die Trümmerhaufen des Krieges zu sozialisieren, war nicht möglich. Auch die Deutsche Republik ist eine kapitalistische, und wir Sozialisten sind den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit unterworfen. Wir haben den Kampf gegen diese Ordnung wie in der Vergangenheit zu führen, in zähem Ringen, Schritt für Schritt.

Da ist manche Hoffnung zusammengebrochen, vor allem bei denen, die den Ernst des Kampfes in der Vergangenheit sich nicht zweigen machen konnten, die in der Sturmperiode der Revolution zur Partei kamen und glaubten, der Himmel stehe für sie offen.

Die Arbeitslosigkeit als internationale Wirtschaftserrscheinung, als Folge des Krieges, war in Deutschland in der In-



flationszeit nicht so stark bemerkbar wie jetzt, weil die elende Bezahlung der deutschen Arbeiterschaft diese zur Gefahr für die Arbeiterschaft der übrigen Welt werden ließ. Die Arbeitslosigkeit wird eine Erscheinung bleiben, die

**nur international geregelt werden**

kann, weil unsre wirtschaftlichen Verhältnisse so ineinandergreifen, daß Zeiten der Inflation nur vorübergehend ausreichende Beschäftigung auf Kosten der andern geben können. In Frankreich, Belgien und Italien haben wir heute dieselben Erscheinungen wie wir sie in Deutschland hatten. In Frankreich versucht man, die Stabilisierungsfrage durch eine ausländische Anleihe zu lösen. Amerika, das früher der Schuldner Europas war, ist heute Bankier und Gläubiger der ganzen Welt geworden. Diese Tatsachen zeigen uns deutlich, daß der Kapitalismus tatsächlich international herrscht und wirkt, daß die führenden Leute der Finanz sich darüber klar sind, daß

**nur die Zusammenfassung des internationalen Kapitals**

über die ganze internationale Erde dem Arbeitslosenproblem und der Zerstörung der Währung ein Ende machen könne. Um keine Hoffnung darüber aufkommen zu lassen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland sich in absehbarer Zeit erheblich verringern wird, sei folgendes gesagt: Die Propheten, die den schnellen Aufstieg unsrer Wirtschaft ankündigten, haben Unrecht behalten und werden auch weiter Unrecht behalten. Der bisherige Reichszkanzler Luther kündigte im Januar für Mai eine Regierungskrise an, weil sich bis dahin „die Wirtschaftsverhältnisse so glänzend entwickelt haben würden, daß alle Parteien sich darum drängen würden, in die Regierung zu kommen“. Er hat darin Recht behalten, daß die Krise gekommen ist. Wir müssen uns von der deprimierenden Auffassung freimachen, daß die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unsre Verarbeitung hemmend beeinflussen. Unsre Kräfte

**müssen sich in diesem Elend verdoppeln.**

Es ist unsre höchste moralische Pflicht, dagegen anzukämpfen, daß die Unsumme von Elend sich schließlich so steigert, daß sie sich zur Degeneration der heranwachsenden Generation auswachst. Die moralische Verelendung ist noch schlimmer als die wirtschaftliche. Ungeheuer gestiegen sind die Eigentumsverbrechen. Außerordentlich stark haben sich auch die Selbstmorde gesteigert. Deshalb haben wir dafür zu sorgen, daß die Sozialbelastung der Industrie durch Reich und Staat nicht abgebaut, sondern aufgebaut wird, daß die Hoffnung des Unternehmertums auf einen Putz von links, der dann durch die vaterländischen Verbände niedergelüppelt werden soll, zuschanden wird. Die Gesundung der deutschen Wirtschaft kann nur dadurch erfolgen, daß die Millionen Erwerbsloser

**in den Produktionsprozeß wieder eingefügt**

und Konsumenten werden. Eine Erscheinung des wirtschaftlichen Elends ist auch die Tatsache, daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, den Kommunismus mit dem Erfolg zu

bekämpfen, wie es sonst wohl der Fall gewesen wäre, wenn reine politische Vernunft und Ueberlegung als Belehrung gedient hätten. Wer am meisten verspricht, unbekümmert, ob die Erfüllung möglich ist, hat bei den Indifferenten auch heute noch den meisten Zulauf. Der Kommunismus lebt von dem Elend, das der Kapitalismus erzeugt und das vom Kapitalismus bewußt gesteigert wird. Daß Herr Reichszkanzler Marx nicht die Ueberzeugung hat, daß er eine Regierung von Dauer bildete, ging aus seiner Regierungserklärung klar hervor. Nur fünf Punkte sind es, die er als Inhalt der deutschen Reichspolitik gegenwärtig aufzuführen hatte: Aufrechterhaltung der bisherigen Außenpolitik, Eintritt in den Völkerbund, Hinweis auf den Vertrag zwischen Rußland und Deutschland, wirtschaftliche Notlage, Flaggfrage und die Auseinandersetzung zwischen Ländern und Fürsten. Sorgsam ging er vorbei

**an den Treibereien der reaktionären Verbände**

und ihren schweren außen- und innerpolitischen Folgen. Wels geht dann auf die letzten Putzpläne der Rechten ein und sagt anschließend: Wir dürfen die Gefahren dieser Pläne nicht überschätzen, aber ich warne davor, sie zu unterschätzen. Bei Erlebigung der Flaggfrage und beim Volksentscheid wird sich zeigen, ob die Pläne der Reaktion Aussicht auf Erfolg haben,

**oder ob das deutsche Volk in der Verteidigung der schwarzrotgoldenen Fahne und im Kampfe gegen die Fürstengier seinen Mann steht.**

Dafür zu sorgen ist eine Aufgabe, der wir uns zu unterziehen haben, nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch im Interesse des internationalen Proletariats und der Befriedung Europas. Wenn die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie richtig betrachtet werden sollen, können sie nur betrachtet werden

**im Rahmen ihres internationalen Wollens.**

Wir können heute national keine Handlung unternehmen, ohne auf ihre internationale Bedeutung Rücksicht zu nehmen. International haben wir für die Zukunft Europas zu arbeiten und der Weg, den wir seit dem Versailler Vertrag gegangen sind, hat schließlich die Wege geebnet zu der großen Linie, in der wir zu marschieren gedachten. Der Versailler Vertrag enthält die Bedingungen für den Völkerbund. Wie dieser aussieht, hängt davon ab, wie die Demokratie in den einzelnen Staaten aussieht. In Europa kämpfen zwei Mächte um die Herrschaft:

**der Sozialismus und der Faschismus,**

und je stärker der Faschismus in den einzelnen Ländern ist, um so stärker wird er sich im Völkerbund geltend machen. Wir haben die internationale Zusammenarbeit der Völker nicht so aufgefaßt, wie sie gegenwärtig im Bund der Regierungen in Genf zum Ausdruck kommt, aber wir erkennen im Völkerbund die Zelle zum großen Völkerparlament der Zukunft. Die Demokratisierung ist eine Frage, der wir zustreben, notwendig ist aber vor allem die Komplettierung des Völkerbundes. Der Faschismus

kämpft gegenwärtig in allen Ländern den gleichen Kampf, der ihn mit Erfolg vorwärtsführt. Dabei können wir erkennen, daß die reine Diktatur nicht mehr das Mittel ist, um für ihn dauernd die Gewalt zu halten. In Italien ist Mussolini heute gezwungen, durch die Schaffung ähnlicher Institute, wie sie in Deutschland die Wirtschaftskammern darstellen, auch den Arbeitern einen gewissen Einfluß einzuräumen. Überall hat der Kapitalismus einem gewissen Opportunismus Platz gemacht. Man will den Faschismus unter Anpassung an dessen eigene Methoden bekämpfen. Wir erleben aber auch in Ländern mit einer starken Arbeiterbewegung, beispielsweise in Belgien, daß

**der Faschismus immer dreister das Haupt erhebt.**

Die belgischen Arbeiter waren gezwungen, eine Arbeiterwehr zu schaffen, mit der Erklärung, daß diese unbewaffnet sei, daß die Arbeiterschaft aber im Notfalle die Waffen zu finden wisse. In Deutschland hat der Hitlerianismus mit dem italienischen Faschismus stets in enger Verbindung gestanden. In Polen ist der faschistische Staatsstreik zusammengebrochen, weil er durch Pilsudski zerschlagen worden ist. Aber auch Pilsudski weicht vor der Macht des Kapitals Schritt um Schritt zurück, und der Kampf zwischen ihm und der Arbeiterschaft wird nach der Auffassung maßgebender polnischer Sozialisten nicht ausbleiben und dann wohl dazu führen, daß auch Pilsudski endgültig in der Verlenkung ver-schwindet. Wir haben dafür zu sorgen, daß der

**Wirtschaftskrieg zwischen Polen und Deutschland**

bald zu Ende geführt wird, daß eine enge Wirtschaftsgemeinschaft hergestellt wird. Schon während des Krieges boten polnische Sozialisten, als sie den Plan der deutschen Militärs auf Schaffung eines selbständigen polnischen Staates erfuhren, in Berlin eine fünffache Wirtschaftsunion an, die Deutschland und Polen eng zusammenschließen sollte. Polen ist von Frankreich abhängig und soll zum Hort gegen Rußland werden. Aber Polen wird dabei an der Last der Rüstungen zusammenbrechen. Auch die Tschechoslowakei ist in Gefahr, dem Faschismus zu verfallen. Wir haben jetzt erlebt, daß sich deutsche und tschechische Agrarier im Parlament zusammenfinden konnten, während sich

deutsche und tschechische Sozialdemokraten feindlich gegenüberstehen.

Eine Versöhnungsaktion der Internationale, die in Dresden vor sich gehen soll, soll auch die Sozialisten der Tschechoslowakei zusammenführen. In England haben wir den Kohlenstreik, der ebenfalls ein internationales Problem ist. Die Kohlenfrage ist keine Frage lediglich englischer Bedeutung, sondern eine Frage internationaler Bedeutung. Eine große Zahl von Gruben ist in England unrentabel. Die Regelung durch die teilweise Zahlung von Löhnen durch die Regierung, diese Gruben über Wasser zu halten, gleichzeitig die englische Kohle auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten, ist auf die Dauer unhaltbar. Stilllegung der unrentablen Gruben und Ueberführung der übrigen in

den Staatsbesitz sind m. E. die Mittel, mit denen die Kohlenkrise in England zu bekämpfen ist. In England führt diese Entwicklung zum Staatskapitalismus, zunächst im Bergbau.

Überall bewegt sich die Wirtschaft nach den gleichen Gesetzen und kommt überall zum gleichen Ziele.

Wenn wir als Sozialisten unsre internationalen Aufgaben noch weiter umreißen wollen, müssen wir vor allem nach dem Osten der Welt, nach China und Indien, sehen, wo achthundert Millionen Menschen um ihre nationale Selbständigkeit und ihre Teilnahme im Weltproduktionsprozeß kämpfen. Deutschland und Europa haben daran zu denken, daß sich Europa zur Abwehrarbeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zusammenschließen muß.

Heute ist der Gedanke der europäischen Solidarität nicht mehr so verhöhnt wie vor dem Kriege. Heute erkennt man schon, daß es sich um eine notwendige Abwehr gegen die Entwicklung auf dem Osten der Welt handelt.

Die Technik ist es, die der Wirtschaft die Wege weist, und der Wirtschaft folgen die politischen Maßnahmen auf dem Fuße. Die Narren, die in Versailles glaubten Europa für einige Jahrzehnte neu eingeteilt zu haben, als sie neue Grenzen zogen! Das ehemals kleinstaatliche Deutschland ist zur politischen und wirtschaftlichen Einheit des Deutschen Reiches geworden. Aber als Folge der technischen Entwicklung. Heute ist der jahrtausende alte Traum der Menschheit erfüllt: Wir durchkreuzen die Luft, wir haben die drahtlose Telegraphie. In dieser Zeit, in der sich die Weltwirtschaft immer näher und näher kommt, glauben die Narren, daß die Grenzen sich aufrechterhalten lassen. Der internationale Wirtschaftszusammenschluß ist die Aufgabe Europas. Aufgabe der Sozialdemokratie aber ist es, die arbeitende Klasse für diese Aufgaben reif zu machen.

Sie ist am ehesten dazu bestimmt, nationalen Haß von sich zu werfen. Nicht die Bajonette werden die europäische Einheit schaffen, sondern die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit ist es, die die Völker mit eisernen Ketten zusammenschmieben. und auch die Frage der Abrüstung in einer Form erledigen wird, wie wir Sozialdemokraten es zum Glücke der Völker erhoffen müssen.

Wir haben hier nur Pflichten, wir haben ein Aufgabenfeld von gigantischer Größe. Tagtäglich müssen wir unsre Kräfte spannen, tagtäglich die Seele prüfen und das Herz füllen mit dem Glauben, der uns im Kampfe für die sozialistische Gesellschaftsordnung schon zu großen Erfolgen geführt hat. Dann gehört uns die Welt, uns der Sieg — trotzdem und alldem! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genosse Meerfeld begründet in kurzen Ausführungen drei Resolutionen, die sich mit der Flaggenfrage, dem Abwehrkampf der rheinischen Bevölkerung und den gemeinen Angriffen des Generalreichskommissars Schmid (auf der Essener Tagung der D.D.P.) gegen

die Sozialdemokratie beschäftigen. Die Entschließungen sind an anderer Stelle abgedruckt. Er gibt weiter bekannt, daß die Genossen Gerlach (Düsseldorf) und Köhle (Frankfurt) sich für die von ihnen vertretenen Bezirke ebenfalls für die Resolutionen erklären. — Darauf werden diese Resolutionen einstimmig angenommen.

Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der

### Nachmittags Sitzung

teilt Genosse Jörgiebel mit, daß im Anschluß an das Referat des Genossen Wels zwei weitere Resolutionen eingegangen seien, die sich mit den Verhältnissen des Saargebietes und der Saargängerfrage befassen. Die erste Resolution, welche von den Genossen Schäfer, Hoffmann, Braun u. a. eingebracht war, wurde einstimmig angenommen, womit die Entschließung des Ortsvereins Schwarzerden ebenfalls erledigt wurde.

Alsdann erhält Genosse Haas das Wort:

## Die neuen Gemeindeverfassungsgesetze in Preußen

behandelte Bürgermeister Genosse Haas (Köln) in einem aufschlußreichen Referat: Wir sind bald acht Jahre nach der Revolution und noch bestehen in Preußen die alten Gemeindeverfassungen. Was geändert worden ist, ist als Errungenschaft der Revolution: Das Wahlrecht zu den Gemeindeparlamenten und die Wahlbestimmungen innerhalb der Parlamente. Im übrigen bestehen noch die alten Bestimmungen, die zum Teil 70 und mehr Jahre alt sind und aus der Zeit der schlimmsten Reaktion in Preußen stammen. Schon vor zwei Jahren betonte ich auf dem Parteitage,

daß die Entwürfe für eine Städte- und Landgemeindeordnung, je mehr wir uns zeitlich von der Revolution entfernen hätten, immer rückschrittlicher geworden sind.

Im Sommer 1922 hat der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, dem Landtag einen Entwurf vorgelegt, der alles andre denn fortschrittlich war. Er hat es getan, um der „Geheimräten“ nicht noch länger Zeit zu geben, die Entwürfe immer mehr zu verschlechtern. Er hat es aber auch getan in der Hoffnung, der Preußische Landtag würde schon die notwendigen Verbesserungen vornehmen. In der Zeit von zwei Jahren hat sich ein besonderer Ausschuß in ungefähr 100 Sitzungen mit dem Entwurf befaßt. Als dann am Ende des Jahres 1924 der Landtag aufgelöst wurde, sanktionierte der Ausschuß am letzten Tage des Landtages eine Zusammenfassung der Landgemeinde- und Städteordnung in einem gemeinsamen Gesetz, das ein Unterausschuß unter dem Titel „Preußische Gemeindeordnung“ zusammengestellt hatte. Im Februar 1925 fanden die Neuwahlen statt. Im April desselben Jahres brachte das Zentrum unter dem Namen Herold und Gen.

die Arbeit des 22. Ausschusses als Antrag im Landtage mit dem Unterschiede wieder ein, daß es wieder zwei Entwürfe, nämlich

### eine Städte- und eine Landgemeindeordnung

daraus gemacht hatte. Diese beiden Entwürfe wurden dem 21. Ausschuß überwiesen. Unser Bestreben war es, die Arbeiten des Ausschusses so zu fördern, daß Städteordnung und Landgemeindeordnung in diesem Sommer vom Landtag hätten verabschiedet werden können, damit dann Neuwahlen für Stadt- und Landgemeinden im Herbst dieses Jahres stattfinden könnten.

Die heutige Zusammenfassung der Gemeindeparlamente beruht auf den Wahlen vom 4. Mai 1924 und entspricht durchaus nicht mehr der Stimmung der Bevölkerung.

Um die Beratung der Landgemeindeordnung zu erleichtern, beschloß der Ausschuß, nachdem die Städteordnung in zwei Besungen im Ausschuß durchberaten war, dieselbe an das Plenum zu bringen. Es kam darauf an, die Beschlüsse des Ausschusses, die zum Teil nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt waren, im Plenum sanktionieren zu lassen.

Bei den Beratungen im Plenum hatte die Zentrumspartei überhaupt keine Anträge eingebracht, die übrigen Parteien hatten sich im allgemeinen sehr beschränkt und trotzdem lagen noch rund einhundertfünfzig Anträge vor. Die Abstimmungen im Plenum ergaben einige groteske Bilder.

Die Deutschenationalen stimmten verschiedentlich direkt gegen ihre Ueberzeugung für unre Anträge, um durch deren Annahme dem Zentrum und den Demokraten die Zustimmung zum Gesetz zu erschweren.

Die Volkspartei machte Opposition und stimmte gegen die Anträge, für die sie im Ausschuß gestimmt hatte.

Trotzdem war das Resultat ein solches, daß wir immer noch Hoffnung hatten, wir würden die Gesetze unter Dach und Fach bringen. Nach der Beratung der Städteordnung im Plenum nahm der Ausschuß die Beratung der Landgemeindeordnung auf. Durch alle möglichen Schwierigkeiten brachten wir die Verhandlungen hindurch, bis dann bei der Frage der Landbürgermeisteren der Abgeordnete Herold Anträge stellte, die allen bisherigen Bestrebungen der Regierung und der Regierungsparteien schnurstracks zuwiderliefen.

Bisher war stets der Gedanke gewesen, die Einführung der Landbürgermeisterien zu fördern. Nunmehr verlangte Herold Abbau, auch im Westen Deutschlands!

Ursprünglich stand in der Vorlage Einführung der Landbürgermeisterie in ganz Preußen. Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien hatte die Regierung diese Zwangsbestimmung aus Sparsamkeitsgründen fallen gelassen. Ueber die Einführung sollten dann nach einem Antrag Herold die Provinziallandtage mit Zweidrittelmehrheit beschließen können. Die Einführung sollte aber nur für die ganze Provinz beschlossen werden können. In der zweiten Besung im Ausschuß ließ Herold auf unser starkes Drängen hin die

lehtere Bestimmung fallen, so, daß auch für Teile der Provinz die Einführung beschlossen werden könne. Jetzt, nach vier Jahren, erklärt Herold plötzlich: Die vorhandenen Landbürgermeistereien in Rheinland und Westfalen dürfen nicht ausgedehnt werden auf das übrige Preußen, sondern müßten abgebaut werden. Deshalb müßten auch die Provinziallandtage dieser beiden Provinzen über die Aufrechterhaltung noch besonders beschließen.

Preußen ist arm und die Gemeinden sind noch ärmer; an der Spitze einer kleinen Bürgermeisterei kann deshalb kein besoldeter Bürgermeister stehen, sondern es muß ein ehrenamtlicher Mann sein. Unstre Einwände,

daß ein solcher ehrenamtlich tätiger Bürgermeister nur ein Angehöriger der besitzenden Schichten

sein könnte und dadurch die Interessen der Nichtbesitzenden vernachlässigt würden, tut Herold mit dem Einwand ab: So etwas hätte man früher beim Dreiklassenwahlrecht sagen können, aber heute beim gleichen Wahlrecht sei dieses alles nicht mehr der Fall!

Abgeordneter Herold, der Führer des Zentrums, sagt auch, alles Reden vom Sparen belagt nichts, wenn wir nicht in den Gemeinden anfangen. Dabei ist typisch, daß gerade die Zentrums- partei von einer wirklich großen Verwaltungsreform, wodurch Ersparnisse erzielt werden könnten, nichts wissen will. Ob es sich um die Aufgabe einer großen Anzahl von Kreisen handelt, oder um die Aufgabe der Regierungspräsidien, oder um die Aufgabe einer erheblichen Anzahl von Amtsgerichtsbe- zirken:

**Das Zentrum sagt: Nein!**

trotz der „Armut Preußens“. — Eine große Verwaltungsreform, das sei allen denen gesagt, die danach schreien, ist aber nur dann zu machen, wenn man den Instanzenzug verkleinert und die An- zahl der Behörden vermindert, alles andre führt nicht zum Ziel!

Die Anträge Herold zur Landgemeindeordnung haben bei unsern Parteigenossen im 21. Ausschuß eine solche Mißstimmung hervorgerufen, daß wir nicht mehr an das Zustandekommen der Gesetze in diesem Landtag glauben. Damit kommen wir denjenigen näher, die in den letzten Monaten gerufen haben: In die Woll- schlucht mit dem Wechselbalg!

Sehen wir uns diese Kritik und auch die Kritiker mal etwas näher an, da stehen in vorderster Linie der Deutsche Städtetag, die Kommunalpolitische Vereinigung des Zentrums, die Verbände der Industrie, des Handels und der Banken. Mit der Kritik der Oppositionsparteien von rechts will ich mich nicht befassen, da sie ja alles beim alten lassen wollen. Der Vorstand des Preußischen Städtetages hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gesetzentwurf der Städteordnung, wie er durch den Land- tagsauschuß gestaltet ist, ist für die Selbstverwaltung einfach unannehmbar.“

In den „Kommunalpolitischen Blättern“ des Zen- trums vom 10. März 1926 hieß es:

„Am Entwurf der Städteordnung scheinen im Ausschuß bet gewissen Parteien (nicht beim Zentrum) Leute herum gearbeitet zu haben, die es als ihre Aufgabe betrachten, nicht eine Städte- ordnung zu schaffen, welche den Städten Licht und Luft und Frei- heit gibt, sondern die es als ihre hohe Sendung betrachten, in diese neue Städteordnung so viele Fußangeln, Einschränkungen und Hintertürchen für ein Eingreifen der Aufsichtsbehörden hin- einzuarbeiten, wie das nur möglich war. In der Ausschußfassung der neuen Städteordnung wimmelte es geradezu von Ortsstatuten, also von Regelungen, welche der Aufsichtsbehörde durch die Ge- nehmigungspflicht dieser Ortsfassungen die Möglichkeit geben, immer wieder in jeden Dreck hineinzuregieren. . . .“

Diese ablehnende Stellungnahme richtet sich in der Hauptsache gegen die in der zweiten Lesung geänderten §§ 73 bis 77, die sich mit der

**wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden**

befassen. Dabei ist das Interessanteste, daß alle diese Änderungen von dem jetzigen Präsidenten des Städtetages, Ministerialdirektor Mufert, herrühren. Er hat sie vorgeschlagen, er hat sie auch verteidigt gegen die Kritik von uns, als er noch im preußischen Ministerium des Innern war. Es ist uns gelungen, in der zweiten Lesung im Plenum die gefährlichsten Giftzähne auszu- brechen, in dem wir die Mufbestimmungen in Sollbestimmungen verwandelten, und im § 105 gesagt haben, die Bestimmungen vom Eingreifen der Aufsichtsbehörde finden auf die §§ 73 bis 77 keine Anwendung. Daß wir nicht mehr erreicht haben, liegt an unsern Koalitionsparteien, dem Zentrum und den Demokraten, die mit Rücksicht auf die Mittelständler glaubten, nicht weitergehen zu können. Das Zentrum ist auch, entgegengesetzt zu seinen Führern in der Kommunalpolitischen Vereinigung, schuld, daß im § 77 Absatz 4 die Worte stehen geblieben sind: Die Gemeindebetriebe sind auch in steuerlicher Hinsicht den Privatbetrie- ben gleichzustellen.

Sehen wir nun einmal, was die Verbände des Handels, der Industrie und der Banken sagen. Sie sagen, in die Städte- und Landgemeindeordnung muß hinein:

„Der Genehmigung der Beschlußbehörde bedürfen Gemeindebe- schlüsse, wenn sie betreffen: 1. die Aufnahme einer Anleihe, 2. die Uebernahme einer Bürgschaft, 3. die Einrichtung und die Säugung einer kommunalen Bank, 4. die Beteiligung der Gemeinde an einer Bank, wenn sie ein Drittel erreicht oder in der Firma der Bank Ausdruck findet, oder die Haftung der Gemeinde nicht bestimmt begrenzt ist, 5. die Einrichtung und Säugung sowie die Erweiterung eines Unternehmens, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, desgleichen die Beteiligung an einem solchen Unternehmen.“

Die Genehmigung ist zu verjagen, wenn eine wirtschaftliches Bedürfnis nicht begründet ist, oder berechtigte Interessen bestehen- der Unternehmen gefährdet werden. Vor der Entscheidung ist die zuständige amtliche Berufsvertretung zu hören. Die Genehmigung zu 3, 4 und 5 ist widerruflich.“

Das alles heißt mit andern Worten:

### keine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen!

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Einfluß der Industrie- und Handelskreise auf die Kommunalverwaltungen noch nie so stark war als jetzt. Unter dem Dreiklassenwahlrecht der Vorrevolutionzeit, wo die führenden Leute von Industrie und Handel alle in den Gemeindeparkamenten saßen, war ihr Einfluß nicht so stark wie heute. Rücksichtslos haben diese Kreise in den letzten Jahren gegen die Gemeinden Stellung genommen, ganz besonders gegen die Finanz- und Personalpolitik der Gemeinden. Dabei gibt es nur wenige Leiter der Kommunen, die den Mut haben, gegen diese Bevormundung aufzutreten.

Unsre Parteifreunde haben im Landtag alles getan, um solche Einflüsse zurückzudrängen, um eine einheitliche, demokratische, die wahre Selbstverwaltung achtende Städte- und Landgemeindeordnung für ganz Preußen fertig zu bringen. Gelingt es nicht, so ist es Schuld der bürgerlichen Parteien, ganz besonders des Zentrums. Was nützen uns die radikalen Töne, die in den Kommunalpolitischen Blättern des Zentrums und auf seinen Tagungen angeschlagen werden, wenn das Zentrum im Preussischen Landtage unter Führung von Herold genau die entgegengesetzte Politik treibt.

Herold will neuerdings eine Städteordnung mit der Deutschen Volkspartei machen. Diese würde aber so aussehen, daß wir derselben nicht zustimmen könnten. Würde man aber eine Städteordnung machen wollen, wie sie von der kommunalpolitischen Vereinigung des Zentrums verlangt wird, dann würde man die Zustimmung der Kommunisten erhalten können, und eine sichere Mehrheit wäre vorhanden. Aber davor hat gerade Herold die meiste Angst. Ihm paßt die Politik, die mit rechts gemacht wird, besser als die, die mit links gemacht wird, und leider folgt ihm in der Zentrumsfraktion die Mehrheit.

Genosse Haas erörterte zum Schluß noch kurz zwei Fragen: Zunächst das Bestätigungsrecht. Bisher müssen alle gewählten Bürgermeister und Stadträte (Beigeordnete), ob besoldet oder unbesoldet, bestätigt werden durch die Aufsichtsbehörde. Nunmehr haben wir erreicht, daß nur der Bürgermeister und sein erster Stellvertreter bestätigt werden soll. Wir sind der Auffassung, daß das ganze Bestätigungsrecht überflüssig ist, erkennen aber den jetzt erzielten Erfolg an und

hoffen, daß das Zentrum in dieser Frage nicht wieder umfällt.

Die andre Frage ist das Volksbegehren und der Volksentscheid in der Kommunalpolitik. Wir hatten das Volksbegehren in zwei Fällen in der Städteverordnung verankert, in Eingemeindungsfragen und bei Aenderung der Verfassung. Nach den Erfahrungen, die wir bei dem großen Eingemeindungsgefes im Ruhegebiet mit der Volksstimmung gemacht haben, haben wir auf das Volksbegehren bei Eingemeindungsfragen verzichtet. Dagegen haben wir in dem Falle, wo eine Stadt von der Magistratsverfassung zur Bürgermeisterverfassung über-

gehen will, gegen den Willen der Demokraten das Volksbegehren und den Volksentscheid aufrechterhalten.

Ursprünglich stand in dem Gesetzentwurf, daß nur eine Aenderung von der Magistratsverfassung zur Bürgermeisterverfassung möglich war, aber nicht umgekehrt. Das ist nunmehr geändert.

Es ist ein trauriges Zeichen, daß wir acht Jahre nach der Revolution noch keine neuen Gemeindeverfassungsgesetze haben. Aber solche Gesetze wird man auch in der Zukunft nicht alle paar Jahre machen können, und deshalb müssen wir Wert darauf legen, daß die Gesetze auch wirklich der neuen Zeit Rechnung tragen. Dabei ist zuzugeben, daß die Gesetzentwürfe, auch wie sie jetzt sind, Fortschritte enthalten, die zu beachten sind, besonders die Beseitigung der heute noch bestehenden sieben Städteordnungen in Preußen, ferner die Beseitigung der Gutsbezirke und die Beseitigung der Ernennung der Landbürgermeister. Aber

trotz diesen Fortschritten müssen wir uns überlegen, ob wir zustimmen können, denn die Gesetzentwürfe enthalten eine große Anzahl Bestimmungen, die alles andre als fortschrittlich und demokratisch sind.

Sollen die Entwürfe Gesetz werden, so ist es nach meiner Auffassung nur möglich, wenn die Koalitionsparteien in Preußen sich zusammensetzen und sich darüber einigen, was noch geändert werden muß. Dabei darf aber keine Rücksicht auf die Oppositionsparteien von rechts genommen werden. Damit würden wir denn auch an die Arbeit gehen können, um eine neue Kreis- und Provinzialordnung zu schaffen, und endlich würden wir auch die so viel geforderte große Verwaltungsreform in Angriff nehmen können. Dann können wir aber auch zu kommunalen Neuwahlen, die nach meiner Auffassung dringend notwendig sind, um erstens mit der großen Zersplitterung der Rathhausparteien aufzuräumen und der Sozialdemokratie zu den Mandatzahlen zu verhelfen, die ihr nach den letzten Wahlen des vergangenen Jahres zustehen.

\*

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission gibt Genossin Berthold (Köln).

### Der Parteitag ist besucht

von 106 Delegierten. Vertreten sind alle Unterbezirke durch 57 Delegierte. Außerdem sind anwesend: 16 Vorstandsmittglieder vom Bezirk und den Unterbezirken, 9 Abgeordnete von Reichstag, Landtag und Provinziallandtag, 7 Sekretäre, 7 Geschäftsführer, 5 Redakteure, 3 Mitglieder des Bezirksausschusses und 2 Revisoren.

### Als Sitz des Bezirksvorstandes

wurde Köln einstimmig festgelegt. Weiter wurde eine Statutenänderung beschloffen, wonach der Bezirksvorstand nicht mehr aus elf, sondern dreizehn Mitgliedern bestehen soll.

### Der Bezirksvorstand

wurde gemäß Vorschlag wie folgt gewählt: Frau Berthold Emma, Winkelhof, Haack Karl, Höllen, Kurth Heinrich, Leyerberg Ernst, Kirschmann Emil, Meerfeld Jean, Merten Emil, Riedmiller Lorenz, Runowski Bruno, Schröder Michael, Zörgiebel Karl.

### Tagungsort des nächsten Parteitag

Es liegen hierzu drei Anträge vor. Die Bestimmung des Ortes, wo der nächste Parteitag stattfindet, wird dem Bezirksvorstand überlassen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge ergibt folgendes Bild:

### Angenommene Anträge

Die Landesratsfraktion des Saargebiets beantragt die jeweilige Zulassung eines Delegierten der Fraktion auf dem Bezirksparteitag.

Der jeweilige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen ist zu allen Sitzungen des Bezirksvorstandes eingeladen, in denen Fragen besprochen werden, die für die A. f. L. von Interesse sind.

Ein Antrag der Sozialistischen Arbeiterjugend, Bezirk Oberrhein, auf Vertretung im Bezirksvorstand wird im gleichen Sinne erledigt.

Der Bezirksparteitag möge beschließen, daß die in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kriegsbeschädigten verpflichtet sind, sich nach Möglichkeit der freien Gewerkschafts- bzw. Kriegsbeschädigtenbewegung anzuschließen.

Agitationstkonferenz des Kreises Neuwied.

### Abgelehnte Anträge

Die am 2. Mai 1926 in Remagen stattgefundene Konferenz der Ortsvereine der SPD. des Kreises Altwieser befaßte sich u. a. auch mit den bisherigen Auseinandersetzungen anlässlich der Aufstellung der Kandidaten zu der Landtags- bzw. Provinziallandtagswahl. Die Konferenz war einstimmig der Ansicht, daß in Zukunft der Bezirksparteitag den Vorschlägen der Unterbezirke bezüglich der Reihenfolge der Kandidaten zustimmen soll.

Ortsverein Mayen.

### Dem Bezirksvorstand zur Erledigung überwiesen

wurden folgende Anträge:

Die am 25. April in Oberstein tagende Agitationstkonferenz für den Landesteil Birkenfeld beantragt, den nächst fälligen Parteitag in Oberstein/Sbar abzuhalten. Agitationstkonferenz Oberstein/Sbar.

Der Agitationsausschuß des Kreises Altkirchen ersucht den Bezirksparteitag, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung“ für den Kreis Altkirchen eine bessere wird, als es bisher der Fall war.

Nach den Erfahrungen, die der Kreis Altkirchen bis jetzt mit der „Rheinischen Zeitung“ gemacht hat, steht der Agitationsausschuß auf dem Standpunkt, daß dies nur möglich sein wird, wenn eine Geschäftsstelle in Beldorf eingerichtet wird.

Der Bezirksparteitag erklärt sich mit einer derartigen Regelung einverstanden. Agitationsausschuß des Kreises Altkirchen.

Vor dem Kriege wurde alljährlich ein rheinischer Kalender ausgeben, welcher mit sehr guter agitatorischer Wirkung bei der Landbevölkerung Einteilung gehalten hat. Um die Landbevölkerung unsern Zielen näher zu bringen und in Fühlung mit derselben zu bleiben, beantragen wir, wieder alljährlich eine Broschüre in der Form des rheinischen Kalenders auszugeben. Bei der Verbreitung der Broschüre durch unsere Genossen wird es denselben möglich sein, Vertrauensleute in den einzelnen Ortschaften zu gewinnen.

Ortsverein Mayen.

Der Bezirksparteitag wolle beschließen, eine Bezirkssekretärin anzustellen. Konferenz des Kreises Mayen.

Der nächste Parteitag soll in Trier stattfinden.

Ortsverein Trier.

### Der Reichstagsfraktion überwiesen

wurde folgender Antrag des Ortsvereins Vallendar:

Der Bezirksparteitag beschließt: Die Fraktion des Reichstages wird ersucht, alles daran zu setzen, um die geplante Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge abzuwenden, im schlimmsten Falle die Regierungsvorlage abzulehnen.

### Das Schlusswort spricht

Zörgiebel: Die Tagesordnung ist hiermit erschöpft. Wir danken den Koblenzer Genossen für alle vorbereitenden Mühen und Arbeiten für die schöne Veranstaltung des gestrigen Abends. Wir haben in zweitägiger Beratung einen Rückblick gehalten über die vergangeneren Monate. Wir wollen das, was wir heute gehört haben, in die Tat umsetzen. Agitation und Organisation ist das, womit wir uns in der nächsten Zeit eingehend zu befassen haben. Genosse Haas hat uns einen höchst belehrenden Vortrag gehalten, den wir voll in uns aufnehmen wollen.

Den Höhepunkt der Tagung bildete das Referat des Genossen Wels, der uns die Gefahren eines Sturzes der Republik anschaulich schilderte. Nehmen wir auch hieraus die Waffen zum Kampfe für die Erhaltung der Republik. Wir stehen in den nächsten Wochen vor einem großen Kampfe: Volksentscheid. Stehen wir alle zusammen, gehen wir an die Arbeit und sorgen wir mit allen Kräften dafür, daß der 20. Juni ein großer Siegestag der Arbeiterschaft wird. Auf in den Kampf, auf zum Sieg! Genossen, erheben Sie sich von Ihren Sihen und stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Es lebe die völkerbefreiende Sozialdemokratie! Der Gesang der Internationale beschließt die eindrucksvolle Tagung. Mit begeisterten Gefängen und Freiheitrufen verlassen die Delegierten die Tagung.

# Protokoll

## der Frauenkonferenz

### des Bezirks „Obere Rheinprovinz“ der SPD. in Koblenz am 31. Mai 1926.

Im Anschluß an den Bezirksparteitag der SPD. in Koblenz fand eine sozialdemokratische Frauenkonferenz am Montag statt, die die besondern Aufgaben untrer Frauenbewegung in Gegenwart und Zukunft durchsprechen und untre Werbe- und Aufklärungsarbeit nachprüfen sollte. Genosse Miß vom Bezirksvorstand „Obere Rheinprovinz“ übermittelte den Gruß des Parteitages an die Frauenkonferenz. Er wies hin auf die Arbeiten der nächsten Zeit, die wir

#### ohne Mitarbeit der Frauen nicht zu bewältigen vermöchten

angesichts der Bedeutung, die die Frauen nach ihrem Zahlenanteil im Staate besitzen. Als Auftakt zu diesen Arbeiten war die Konferenz vorgesehen. — Die Koblenzer Arbeiterjugend hatte einen prachtvollen Blumenschmuck gesandt und in einem herzlichen Schreiben nebst einem Gruß an die Frauenkonferenz um Verständnis und Mitarbeit aller Frauen gebeten. Frauen- und Jugendbewegung gehörten zusammen; sie müßten auch zusammen arbeiten.

Die Leitung der Konferenz wurde auf Vorschlag der Genossin Dežel (Koblenz) wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzende mit gleichen Rechten: Frau Kirschmann-Röhl (M. d. L.) und Frau Berthold (Bezirksvorstand); Schriftführerinnen: die Genossinnen Mehne (Neuwied), Hoppe (Koblenz), als Stellvertreter Paascher (Machen), Hausmann (Koblenz). Zunächst referierte Genossin Schiffgens (M. d. R.) über:

#### „Die Frau in der Politik in Vergangenheit und Gegenwart“.

Im alten Deutschland war die Frau von jeder Mitbeteiligung am öffentlichen Leben ausgeschlossen. Erst seit 1908 das Reichsvereinsgesetz fiel, erhielten die Frauen die Möglichkeit, sich in Organisationen zusammenzuschließen. Trotzdem waren sie, wie unmündige Kinder, noch bis zur Revolution von jeder politischen Mitbeteiligung ausgeschlossen.

#### 1910 erklärte Erzkaiser Wilhelm II.

in einer Rede: „Die Frau hat in der Politik und im öffentlichen Leben nichts zu suchen.“ Das war die Ansicht der Mehrheit nicht nur untrer männlichen, sondern darüber hinaus auch eines großen Teiles der weiblichen Volksgenossen. Die drei „R“: Kinder, Kirche, Küche sollten die Welt der Frauen ausmachen. Man wollte nicht sehen, daß die Frau durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahr-

zehnte längst aus dieser kleinen Welt herausgezogen worden war. Die Frau mußte eintreten in das Erwerbsleben, und war damit ausgesetzt all den Gefahren und Schäden des Erwerbslebens, genau wie der Mann ihrer Klasse. Es war also in Wirklichkeit nicht mehr davon zu reden, daß die drei R die Welt der Frau ausmachen.

Das kapitalistische Zeitalter hat eben die Frau aus diesem alten Wirkungskreis herausgeholt.

Trotzdem die Frau zu jeder Zeit in weit größerem Maße als der Mann Ausbeutungsobjekt war, stand sie all den für sie wichtigen Fragen gänzlich indifferent und hilflos gegenüber. Die Frauen sahen ihre eigne Not, aber sie sahen nicht die Zusammenhänge zwischen ihrer persönlichen Not und der Not der Allgemeinheit. Darum wehrte sich die Frau selbst gegen ihre Beteiligung am öffentlich-politischen Leben und betete nach, was man ihr vorredete, daß sie ins Haus gehöre.

Von einer eigentlichen Frauenbewegung kann erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit gesprochen werden. Vorübergehend haben Frauen wohl in den Kampf um diese oder jene Rechte mit eingegriffen. Zur Zeit der handwerksmäßigen Betriebe hat sich die Frau den Einzug in das Handwerk erkämpft. Auch in der Vorkriegszeit kamten wir schon neben bürgerlichen Frauenvereinen, die sich die Erkämpfung des Frauenstimmrechts zum Ziel gesetzt hatten, auch eine Organisation sozialdemokratischer Frauen — es war ein kleines, aber aktives Häufchen —.

#### Die Sozialdemokratische Partei hatte bereits 1891 in das Erfurter Programm die Forderung der Gleichberechtigung der Geschlechter aufgenommen.

Sie kämpfte für die Befreiung der Menschheit, für die Abschaffung jeder Unterdrückung, betreffe sie eine Klasse, eine Rasse oder ein Geschlecht. Das Wahlrecht forderte die Sozialdemokratie als erste nicht nur für die Männer, sondern für alle Volksgenossen.

Als die Frauen begannen, für die Erreichung ihrer Menschenrechte zu kämpfen, schlossen sich sofort die reaktionären Männer zusammen in dem „Bund zur Bekämpfung der Frauenorganisationen“. Nicht deutlicher kann das Wollen dieses Bundes gekennzeichnet werden, als durch einen Ausspruch des geistigen Leiters dieses Bundes, Prof. Langemann:

„Ein größeres Vergehen am Kulturleben des deutschen Volkes ist kaum auszudenken. Es ist nicht so, wie Helene Lange auf dem Mannheimer Parteitage in anmaßlicher Weise aussprach, daß die männliche Kultur erst durch das Frauenstimmrecht zu einer menschlichen werde. Die Mannweiber, die das Frauenstimmrecht fordern, werden untre Kultur zu einer Suffragettenkultur degradieren.“

So sah man in reaktionären Männerkreisen die Beteiligung der Frau am politischen Leben an. Sie hatten nur den einzigen Zweck:

#### Die Frau in ihrem Kampfe um ihre Befreiung zu hemmen und aufzuhalten.

Der Krieg schuf im Leben der Frau eine gewaltige Umwandlung. Selbst solche Frauen, die bis dahin noch den Kreis ihres Wirkens



in ihrem Heim fanden, mußten zum größten Teil in das Erwerbsleben eintreten. Auf ihren Schultern lastete große und schwere Verantwortung für die Familie, und sie trugen einen großen Teil der Verantwortung für das öffentliche Leben. Man hätte gewiß nicht vier Jahre Krieg führen können, wenn nicht die Frauen in der Heimat die Produktion aufrechterhalten hätten. Die Frauen mußten die Erziehung der Kinder, die Versorgung der Familie, die Produktion aufrechterhalten. Sie arbeiteten in den Gewerben, die Ernährung und Bekleidung des Volkes in der Heimat und draußen sicherstellten. Durch das Kriegserleben wurde das Wesen der Frau und ihre seelische Einstellung von Grund auf gewandelt. Man brauchte die Frauen. Als durch die Blockade unsre Ernährung aufs höchste gefährdet war, da zog man Frauen zur Lösung der Frage heran, und sie bewährten sich dort, wo man sie hinstellte. Man hätte der Frau, auch ohne Revolution, nicht mehr die Rechte, auf die sie Anspruch hatte, vorenthalten können.

**Die Revolution brachte der Frau das Stimmrecht.**

Die Sozialdemokratie, die stets für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten war, gab den Frauen als erstes dieses Recht. Seit 1918 steht die Frau mit im öffentlichen Leben. Sie wirkt nicht mehr nur für sich, sie hilft mit an der Lösung der großen Menschheitsfragen, an der Lösung all der großen Fragen des öffentlich-politischen Lebens. Der Gesichtskreis der Frau hat sich wesentlich gegenüber der frühern Zeit geändert. Die Frau sieht nicht nur ihre eigne Not, sie erkennt die Zusammenhänge zwischen ihrer eignen Not und der Not der Menschheit. Die Frau der arbeitenden Klasse fühlt sich als Glied ihrer Klasse. Die sozialdemokratischen Frauen kämpfen Seite an Seite mit den Männern ihrer Klasse um die Umwandlung der Gesellschaftsordnung. In allen Fragen der Politik haben sich die Frauen seit der Umwälzung bewährt. Nicht nur in sozialen Fragen, in der Wohlfahrtspolitik usw., sondern auch an den wichtigen Fragen der großen Politik haben die Frauen mitgearbeitet. Nach 1918 haben die Frauen vor allem geholfen an der Wiedergutmachung der Zerstörungen des Krieges. Gerade Frauen waren es, die den Versailler Vertrag als Unrecht ansahen und die Gefahren dieses Vertrages erkannten. In der Interparlamentarischen Union, die die Völkerverständigung herbeizuführen sich zur Aufgabe stellte, sind an hervorragenden Stellen Frauen mit Rat und Tat tätig.

**Überall, wo es galt, den Frieden der Welt zu festigen und zu sichern, sind Frauen mit ihrem ganzen Können, mit ihrem Herzen und mit ihrem warmen, mütterlichen Empfinden dabei.**

Bei dem Zustandekommen der Fürsorgepflichtverordnung, des Jugendwohlfahrtsgesetzes und all der andern sozialen Gesetze haben Frauen führend mitgearbeitet. Diese Gesetze wären gewiß ohne die Mitarbeit der Frau in der Gesetzgebung nicht so ausgefallen, wie wir sie heute kennen. Wenn diese Gesetze auch nicht unser Ideal verwirklichen, es weht doch ein ganz anderer Geist aus diesen Gesetzen als aus den frühern gesetzlichen Regelungen dieser Fragen. Im Jugendwohlfahrtsgesetz ist das Recht jedes deutschen Kindes auf

seelische, leibliche und moralische Erziehung festgelegt. Selbstverständlich wird es wesentlich darauf ankommen, daß warm und sozial empfindende Frauen auch dort arbeiten, wo diese Gesetze in die Praxis umgesetzt werden, damit auch praktisch der Wille und das Wollen der Gesetzgeber sich auswirkt. An all den Gesetzen, die sich mit Arbeiterschutz, Schutz für Mutter und Kind, Jugendschutz usw. beschäftigen, haben die Frauen mit Interesse und Verständnis gearbeitet. Bei der gesetzlichen Regelung der Erziehungsfragen finden die Frauen einen Aufgabenkreis, der ihnen ihrem Wesen nach sehr nahe liegt. Wie leiden gerade wir Frauen der besitzlosen Klasse darunter,

**daß in unserm Staat nicht die Tüchtigkeit und Begabung eines Kindes, sondern die Größe und Fülle des Geldbeutels der Eltern maßgebend sind dafür, ob die Möglichkeiten der Schulung genutzt werden können oder nicht.**

Die Frauen des schaffenden Volkes empfinden als Mütter die Not unsrer heranwachsenden Kinder doppelt und sind in erhöhtem Maße daran interessiert, daß die Bildungsmöglichkeiten nicht nur der Jugend der begüterten Klasse, sondern allen begabten jungen Menschen offen stehen, gleichgültig, woher sie kommen. Alle, die über die Arbeit der Frau im politischen und öffentlichen Leben abfällig urteilten, werden ihre Ansichten auf Grund der Tatsachen gründlich revidieren müssen.

**Das öffentliche und politische Leben läßt sich ohne tätige Mitarbeit der Frauen nicht mehr denken.**

Man darf nicht übersehen, daß sich die Frau erst ganz kurze Zeit politisch betätigt, also erst wenig Erfahrungen auf den Gebieten sammeln konnte —, trotzdem haben die Frauen überall, wo sie sich betätigten, „ihren Mann gestanden“. Der Gesichtskreis der Frau hat sich durch ihre Betätigung im öffentlichen Leben erweitert, ihr Charakter und ihr Wesen haben infolge der Gleichberechtigung nicht gelitten, sondern gewonnen. Die Frau, die sich für das Wohlergehen ihres Volkes interessiert, ist, menschlich und fraulich gesehen, ein größerer und wertvollerer Mensch als das kleine uninteressierte Geschöpf, das nicht über den frühern kleinen Kreis der Frau hinaus sieht.

Das Wort Schleiermachers: „Ich glaube, daß ich nicht lebe, um zu genießen und zu zerstreuen, sondern daß ich lebe, um zu sein und zu werden“, ist auf uns Frauen insbesondere anzuwenden. Wir Frauen wollen da sein, „um zu sein und um zu werden“.

Gerade wir sozialdemokratischen Frauen haben die Aufgabe und die Verpflichtung, teilzunehmen an der parlamentarischen Gesetzgebung, an der Arbeit in den Kommunen, Ausschüssen usw., mit dem Ziele, die Existenz der schaffenden Menschen zu bessern, die Not unsres Volkes zu lindern. Wir haben darüber hinaus noch die größere Aufgabe, mitzukämpfen im Kampf unsrer Männer um die Ablösung einer vernunftswidrigen Gesellschaftsordnung, die die Ursache all unsrer Not, aller Kriege und Arbeitslosigkeit ist, die verantwortlich ist für all das, worunter wir seelisch, körperlich und moralisch leiden.



### Wir Frauen kämpfen mit für eine bessere, schönere, eben für die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Wir Sozialdemokratinnen wissen wie unsere Männer, daß unser Leiden in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gewendet werden kann; wir wissen, daß, solange gearbeitet wird nicht für den Bedarf, sondern für den Profit, solange unsere Gesellschaft eingeteilt ist in zwei Klassen: Unterdrückter und Unterdrückte, unsere Leiden nicht abzuwenden sind. Wir wissen, daß wir all die brennenden Gegenwartsfragen unter dem heutigen Wirtschaftssystem nicht lösen können. Es wirkt wie Hohn, wenn man denkt, daß Tausende unserer Volksgenossen Not haben an Erzeugnissen unserer Textilindustrie, daß ein großer Prozentsatz der Schulkinder nachweislich ohne Hemd gehen muß, daß der Bedarf an Winterkleidung nicht gedeckt werden kann — und daß auf der andern Seite unter den Arbeitern der Textilindustrie eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht. Im Baugewerbe ist es nicht anders: Auf der einen Seite sind infolge Wohnungsnot große Familien in menschenunwürdigen Böschern zusammengepfercht, Moral, Sitte, Gesundheit, Familienleben leiden unter diesen Verhältnissen — während viele Tausende Bauarbeiter zu dem Heer der Erwerbslosen zählen.

**Wie anders könnte das sein: Es wäre eine Lust, arbeiten zu können, um deinen und den Bedarf deiner Familie und darüber hinaus den Bedarf deiner Volksgenossen zu decken!**

Wir brauchen keine Arbeitshäuser, keine Erziehungsanstalten, die erst geschaffen wurden als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nicht nur unsere körperliche, auch unsere seelische, unsere moralische Not sind Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Unsere Not wird nicht weichen, solange die kleine Handvoll Menschen, die über alle Produktionsmittel verfügt, die große Masse des Volkes unterdrückt und ausgebeutet.

Wir müssen unsere ganzen Kräfte anspannen für den Sieg des Volksentscheidens am 20. Juni. Hier liegt eine wesentliche Arbeit der Frauen vor uns. Wir müssen weiter unsere Aufgabe darin sehen, mitzukämpfen im Kampf unserer Männer, um das kapitalistische Wirtschaftssystem zu stürzen, um es durch eine bessere Ordnung abzulösen. Das Ziel können wir nicht erreichen, wenn wir uns von den Männern unserer Klasse trennen. Wir wissen, daß es die gleiche Not ist, die uns verbindet, daß Männer und Frauen gleichermaßen unterdrückt und ausgebeutet werden. Darum gehen wir nicht getrennt,

**darum marschieren wir sozialdemokratischen Frauen neben den Männern unserer Klasse zur Erkämpfung unserer gemeinsamen großen Ziele, zur Erkämpfung besserer, schönerer, menschenwürdiger Lebensbedingungen für alles, was Menschenantlig trägt.**

Das ist nicht nur das Ziel des Kampfes der Männer, es ist auch unser, der Frauen Ziel:

„Der Erde Glück, der Sonne Pracht,  
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,  
Dem ganzen Volke sei's gegeben!  
Das ist das Ziel, das wir erstreben.“

Gen. Riedmiller (Köln) behandelte die praktischen Fragen der Frauenbewegung in seinem Referat:

### „Wie gewinnen wir die Frauen für die Organisation?“

Aufbauend auf die politischen und theoretischen Ausführungen der Gen. Schiffgens fand er die rechte Weise, um die Einordnung der Frauen in die Politik und in die Parteiorganisation verständlich darzustellen. Im bürgerlichen Lager bemerkten wir schärfste Meinungsverschiedenheiten über Wege und Ziele der Frauenbewegung, auch unter den Frauen selber. Die SPD. lasse auch in dieser Hinsicht einen fundamentalen Fortschritt erkennen: Es gibt in der Frauenfrage kaum Meinungsverschiedenheiten zwischen Genossinnen und Genossen. Mann und Frau sind in der kapitalistischen Gesellschaft gleichermaßen Lohnsklaven und Ausbeutungsobjekte,

**Mann und Frau stehen in einer Front gegen den Kapitalismus;** sie erstreben gemeinsam die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische Gesellschaftsordnung. — Naturgemäß genügt die an die Männer gerichtete Werbearbeit nicht zur Gewinnung der Frauen. Besonders seit der politischen und wirtschaftlichen Kriegsarbeit und der damit gewonnenen Reife ist eine Vervollständigung der Frau auch in politischer Hinsicht festzustellen. Dieser politische Erziehungsprozeß hat nicht solange Zeit gebraucht, wie bei der Männerwelt. Die weitere Entwicklung wird die politische Einsicht und Aktivität der Frau noch weiter steigern. Deswegen bedarf es einer sorgfamen Einstellung auf die Frauenwerbearbeit. Sie darf nicht nur bei gefühlsmäßiger Heranziehung ihr Bewenden haben, sie muß die verstandesmäßige Zustimmung zu unsern Ideen und Forderungen, sowie die auf weitere Arbeit gerichtete Willensbildung der Frau zum Ziele haben, um Erfolg auf lange Sicht zu bringen. Die Frauen werden bald erkennen, daß die Interessen des schaffenden Volkes und naturgemäß besonders der Frauen nur die Sozialdemokratie wirksam vertreten kann. Dazu bedarf es intensiver Schulungsarbeit und Berücksichtigung der seelischen Empfindungen der Frauen. Die große Idee des Sozialismus wird uns dabei über körperliche und geistige Eigenarten der Einzelpersönlichkeiten hinweghelfen. Von besonderer Wichtigkeit ist die

### Heranziehung der im Berufsleben stehenden Frauen,

die von vornherein einen tiefersichreren Einblick in wirtschaftliche, soziale und politische Fragen besitzen. Nicht sollen Sondergruppen in der Partei entstehen, wohl aber sollen die Frauen mit gleichen Rechten in die Partei eintreten und in der Organisation mitwirken. Mit der schon verfeinerten Art unserer Frauenpropaganda müsse deren organisatorische Auswertung besser werden. Je größer die Zahl und je besser die Schulung der in unserer Organisation tätigen Frauen ist, um so größer sind die Aussichten in unserm idealen Kampfe auf baldigen Sieg des schaffenden Volkes.

Mit reichem Beifall dankten die Teilnehmerinnen für die ausgezeichneten Referate.

### In der Aussprache

wünschte Frau Dehmel (Koblenz) häufigere und intensivere Heranziehung der in Wohlfahrts-, Kommunal- und Staatsstellen tätigen

Gefinnungsfreunde zur Unterrichtung der praktisch tätigen Genossinnen. Sie wies auf den planmäßigen Abbau sozial denkender und sozialistisch gerichteter Persönlichkeiten in den Behörden hin, dem vornehmlich auch die angestellten Frauen unsrer Richtung zum Opfer gefallen sind. Es ist dringend eine vermehrte Heranziehung unsrer Frauen in den öffentlichen Dienst zu fordern. Zum Referat des Genossen Kiedmiller bemerkte Genossin Debel: Wichtig für unser Parteileben ist der persönliche Erfahrungsaustausch und Ausgleich zwischen den Genossinnen. Sorgfältige Förderung jeder sich zu uns durchringenden Frau müßte erste Pflicht sein. Die raschere Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Lebens hat auch die Frauenbewegung in raschem Tempo vorwärts getrieben. Jetzt gilt es, die Frauen in die Gedankenwelt des Sozialismus einzuführen. Die Arbeit zum Volksentscheid ist eine vortreffliche Gelegenheit, um die Frauen politisch zu interessieren.

Genossin Rirschmann-Köhl wies auf die  
**hervorragende Mitarbeit von Frauen in wichtigen internationalen Körperschaften,**

besonders im Völkerbund und im Internationalen Arbeitsamt zu Genf, hin. Notwendig sei eine Umstellung der Bildungsarbeit in den Kreisen unsrer Frauen und der heranwachsenden weiblichen Jugend, um Personal- und Kulturpolitik auf weiteste Sicht zu treiben. Falsch ist ein vielfach vorhandenes Minderwertigkeitsgefühl in Frauentreffen; die Kindererziehung müsse schon beginnen, hiergegen anzukämpfen. Außer den Arbeiterinnen müsse die Sozialdemokratie auch die Hausfrauen, die intellektuellen Frauen, die weibliche Jugend, gewinnen. Schwierig ist das Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frau zu behandeln. Eine bessere Schulung, erhöhte sachliche und geistige Durchbildung wird die Frau in den Stand setzen, selbst zu ihrer Befreiung entschiedene Fortschritte zu erkämpfen. Die Arbeiterwohlfahrt wird nicht ausschließlich Feld der Frauenarbeit sein, aber sie wird eine wichtige Basis und ein ausschlaggebendes Prüffeld für die Auslese der praktisch und politisch tätigen Frauen darstellen. Die Frau selbst muß das Werk ihrer Befreiung vollbringen.

In der weiteren Aussprache trugen die Genossinnen Hausmann, Arenz (Trier), Haupt (Mayen), Bahg (Koblenz) und Berthold (Köln) zur weiteren Vertiefung der aufgeworfenen Probleme und zur

**Rückbarmachung der gewonnenen Einsicht für die praktische Arbeit**

bei. Genossin Berthold behandelte vor allem die notwendige Sorgfalt bei der Arbeitsteilung und die erhöhte Beobachtung der Methoden in der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie bat eindringlich, die Arbeit in der Wohlfahrtspflege nicht zu unterschätzen, sondern alle verfügbaren Kräfte hier einzusetzen. Mit anfeuerndem Schlußwort, die wertvollen Ergebnisse dieser Konferenz in eifriger Mitarbeit an jedem einzelnen Ort tatkräftig auszuwirken, namentlich auch in der bevorstehenden Volksentscheid-Kampagne die besonders wichtige Aufklärungsarbeit unter den Frauen zu verstärken, konnte Frau Berthold die harmonisch verlaufene Konferenz schließen.

Die Anwesenheitsliste wies 25 Frauen als Delegierte auf, ferner die beiden weiblichen Abgeordneten des Bezirks, drei Mitglieder der Bezirks- bzw. der Unterbezirksvorstände, eine Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt Köln, Vertreter der SPD-Presse und eine große Zahl von Gästen. Im Anschluß an die Tagung konnten die Teilnehmer noch einige Stunden in geselligem Kreise die Schönheit der Rhein- und Moseltadt Koblenz genießen.

### Anwesenheitsliste des Parteitages

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Arenz Barbara	Trier	Delegierte
Bendle Klara	Oberstein	"
Dennerstcheidt	Gobesberg	Delegierter
Berthold Emma	Köln	Bezirksvorstand
Beyer Georg	"	Redakteur der „Rhein. Ztg.“
Blasheim Joseph	Gobesberg	Bezirksauschuß
Braun Mag	Saarbrücken	Redakteur der „Volkstimme“
Brück Hugo	Illingen (Saar)	Delegierter
Bürvenich Heinrich	Medenheim	Redakteur der „Freien Presse“
Dr. Corssen Walter	Aachen	Vertreter d. Mittelrheinischen
Decker Peter	Köln	Druckerei u. Verlagsanstalt
Dieden Auguste	Köln	Delegierte
Dieden Gustav	Jülich	Delegierter
Dolle Wilhelm	Bendorf (Rhein)	"
Doltwet Eugen	Merzig (Saar)	"
Dreide Joseph	Oberwesel	"
Emmerich Albert	Koblenz	Redakteur d. „Rhein. Warte“
Freihöffer Kaspar	Köln	Partei sekretär
Frenken Johann	Düren	Delegierter
Fries Philipp	Köln	Landtagsabgeordneter
Fuchs Joseph	Herdorf (Sieg)	Delegierter
Füllenbach Joseph	Oberstein	Redakteur des „Nahetalboten“
Funk Waldemar	Köln	Unterbezirksvorsitzender
Geißler Thomas	"	Delegierter
Gerhardt August	Saarbrücken	"
Gilsbach Heinrich	Köln	Geschäftsf. der „Rhein. Ztg.“
Dr. Grein Heinrich	Neunkirchen	Delegierter
Gruber Franz	Kreuznach	"
Haaf Karl	Köln	Bezirksvorstand
Haag August	Hermeszell	Delegierter
Haas August	Köln	Landtagsabgeordneter
Haase Georg	Niebermendig	Delegierter
Hallenbach Paul	Bleifstein	"
Dr. Heiker	Heinsberg	"
Heugel Anton	Saarbrücken	Partei sekretär
Hirsch Ernst	Köln	Bezirksvorstand
Hoffmann Johann	Saarbrücken	Landratsabgeordneter
Höllen Wilhelm	Köln	Bezirksvorstand
Holle Otto	Saarbrücken	Geschäftsf. der „Volkstimme“
Huber Mag	Summersbach	Unterbezirksvorsitzender
Hünecke Heinrich	Aachen	Geschäftsf. d. „Freien Presse“
Jacquemien Konrad	Köln	Delegierter
Jedermann Ferdinand	Dudweiler	"

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Kaiser Peter	Trechen bei Köln	Delegierter
Kamm Wilhelm	Brühl	"
Kapperh Hans	Aachen	"
Keil Gustav	Köln	Reichstagsabgeordneter
Kirschmann Emil	"	Landtagsabgeordnete
Kirschmann-Röhl Frau	"	Delegierter
Klein Joseph	"	Landtagsabgeordneter
Kleinmeyer Joseph	Koblenz	Redakteur der „Volkswacht“
Kniepen Bernhard	Trier	Revisor
Kreibohm Albert	Köln	Unterbezirksvorsitzender
Kühnen Ludwig	Aachen	Bezirksvorstand
Kurth Heinrich	Köln	Delegierter
Lamy Wilhelm	Saarbrücken	"
Leusch Anton	Alf (Mosel)	Bezirksvorstand
Leverberg Ernst	Köln	Unterbezirksvorsitzender
Loosen Philipp	Trier	Delegierter
Lorenz Rudolf	Jbar	"
Luc Joseph	"	"
Mag Franz	Hassel (Saar)	"
Dr. Meerfeld Jean	Bonn	Bezirksvorstand
Merzer Albert	Köln	Geschäftsf. d. „Rhein. Warte“
Miß Konrad	Koblenz	Bezirkspartei sekretär
Mont Karl	Köln	Delegierter
Mössinger Karl	Quadrath	Partei sekretär
Moosmann Eduard	Aachen	Delegierter
Mühlbach Christian	Nahdollenbach	"
Müller Maria	Engers	"
Müller	Ohrang	"
Raumann Franz	Dillingen	Bezirksauschuß
Neujahr Philipp	Troisdorf	"
Odenthal Mag	Gusttraben	Delegierter
Dehmke Otto	Troisdorf	Bezirksauschuß
Oster Adam	Trier	Delegierter
Pfeiffer Friz	Koblenz	"
Pitard Emil	Köln	Partei sekretär
Prast Otto	Koblenz	Delegierter
Raffier Rudolf	Streffeld	Geschäftsf. der „Volkswacht“
Reifferscheidt Hans	Trier	Partei sekretär
Riedmiller Lorenz	"	"
Rih Johann	Köln	Delegierter
Rosenzweig Peter	Ahrweiler	Unterbezirksvorsitzender
Rudolph Karl	Koblenz	Geschäftsf. d. „Nahetalboten“
Rumowski Bruno	Oberstein	Bezirksvorstand
Schaf Wilhelm	Köln	"
Schagen Franz	Siegburg	Delegierter
Schäfer Valentin	Saarbrücken	Partei sekretär

Name	Ort	In welcher Eigenschaft
Schneider Heinrich	Köln	Delegirter
Schiffgens Luise	Aachen	Reichstagsabgeordnete
Schöpfler Anton	Köln	Revisor
Schroder Michael	"	Bezirksvorstand
Schubarth Wilhelm	Gummersbach	Bezirksauschuß
Seiffertß Edwin	Neuwied	Delegirter
Serwe August	Gudftrchen	"
Sollmann Wilhelm	Köln	Reichstagsabgeordneter
Voßfel Lorenz	"	Delegirter
Walterscheidt Peter	Berg. Gladbach	"
Wemmers Johann	Köln	"
Wenner Nikolaus	Trier	"
Werwie Ignaz	Ehrang	"
Winkelhoß Frau	Köln	"
Zimmer Adolf	Fürstehausen	"
Zimmer Walter	Trier	"
Zörgedel Karl	Köln	Bezirksvorstand